

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW 8, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagvorkosten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Wittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Hiltverband Bochum.

Zehn Jahre Betriebsrätegesetz im Bergbau.

Am 4. Februar 1930 jährte sich zum zehnten Male der Tag, an dem das Betriebsrätegesetz geschaffen wurde. Bei den Beratungen heftig umstritten, hatte es bei seiner Verabschiedung kaum einen begeisterten Freund. Die Unternehmer lehnten es ab, weil sie in ihm den Anfang von der Beseitigung der Unternehmerherrschaft im Betriebe erblickten. Die freien Gewerkschaften waren besonders deshalb enttäuscht, weil das geforderte Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern nicht Wirklichkeit wurde. Hirsch-Dunderferche und christliche Gewerkschaften waren zwar für einen gewissen Entlassungsschutz, kämpften aber, wenn auch aus anderen Gründen als die Unternehmer, gegen das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung. Sie fürchteten eine Diktatur der freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Die Kommunisten, als Antiparlamentarier damals noch außerhalb des Parlaments stehend, verwarfen das Gesetz scharf. Ihr Ideal war die Politisierung der Betriebsräteeinrichtung.

Der soziale Gehalt des Gesetzes.

Die weitgehende Enttäuschung in den Reihen der freien Gewerkschaften konnte jedoch nicht Anlaß sein, sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes schmolend abwärts zu stellen. Der betriebsdemokratische Kern des Gesetzes wurde sehr wohl erkannt. In allen angelegten Bezirkskonferenzen wurde der Auffassung Ausdruck verliehen, daß Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Gesetze den Arbeiterinteressen nicht entspräche. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit erkannt und ausgesprochen, die Betriebsräte durch intensive Vorbereitung und Schulung zur wirksamen Anwendung des Gesetzes zu befähigen. Große und fruchtbare Arbeit ist denn auch auf diesem Gebiete von den Gewerkschaften in den folgenden Jahren geleistet worden.

Heute, nach einem Jahrzehnt betriebsrätlicher Praxis, besteht in der Arbeiterschaft kein Streit mehr darüber, daß durch das Gesetz der frühere Herr-im-Haule-Standpunkt der Unternehmer gebrochen und die ehemalige Rechtslosigkeit der Arbeiter im Betriebe weitgehend abgeschwächt ist. Die Arbeitsordnung, früher alleiniger Diktator des Unternehmers zugänglich, kann heute nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung oder des staatlichen Schlichtungsausschusses zustande kommen oder abgeändert werden. Insofern brachte das Betriebsrätegesetz ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht der Belegschaft, die gesetzlich von ihrer Betriebsvertretung vertreten wird. Ueberhaupt besteht dieses Mitbestimmungsrecht allgemein beim Abschluß oder bei Änderung von Dienstvorschriften. Dienstvorschriften in diesem Sinne sind nach herrschender Ansicht solche Vorschriften, welche die Ordnung des Betriebes, das Verhalten der Arbeitnehmer im Betriebe und bei der Arbeit regeln. Die Strafgewalt, früher allein dem Unternehmer zustehend, ist durch das Gesetz zu gleichen Teilen auf Unternehmer und Betriebsvertretung verteilt worden. Ohne Zustimmung des zuständigen Gruppenrats oder des Arbeitsgerichts können rechtswirksam keine Strafen verhängt werden. Auch insofern besteht ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht. Wehlich ist es hinsichtlich des Rechts der Kündigung von Betriebsvertretungsmitgliedern. Grundsätzlich ist die Kündigung insofern an die Zustimmung aller Betriebsvertretungen, denen das Mitglied angehört, oder an die Erlaubniszustimmung des Arbeitsgerichts gebunden. Die übrigen Belegschaftsmitglieder haben ein in vielen Fällen erfolgreiches Kündigungseinpruchsrecht gegen zivilrechtlich an sich wirksame Kündigungen.

Unternehmer als Gegner des Gesetzes.

Die wenigen angeführten, aber besonders martantanten Rechte der Arbeiterschaft aus dem Gesetz lassen keinen Zweifel darüber, daß die Rechtsstellung des Arbeiters im Betriebe heute eine ungleich bessere ist als in der „vornovemberlichen“ Zeit. Nur Ignoranten und Demagogen vermögen heute noch das Gesetz als wertlos zu bezeichnen. Wäre das Geschwätz von der Wertlosigkeit des Betriebsrätegesetzes zutreffend, dann wäre nicht ersichtlich, warum die Unternehmer sich heute noch nicht mit dem Gesetze ausgesöhnt haben. Man braucht nur die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ nachzuschlagen, um die Abneigung der Unternehmer kennen zu lernen. Gewiß mußten die Unternehmer bisher mit dem Gesetz als einer gegebenen Größe rechnen. Unzweifelhaft aber ist, daß der Bestand des Gesetzes von der Liebe der Unternehmer nicht abhängt. Der Kampf um das Gesetz wich nach Inkrafttreten des Gesetzes einem Kampfe um seine Auslegung. Eine Armee juristisch vorgebildeter Unternehmerjuristen hatte die Aufgabe, die Rechte der Betriebsräte möglichst zu beschränken.

Kein anderer als einer dieser Kapitalsöldner gab den diesbezüglichen Bestrebungen die beste Umschreibung. In den „Blättern für Arbeitsrecht“ (Beilage zur „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, 1924, Nr. 11) ist eine von großem Diensteifer zeugende Abhandlung von einem Rechtsanwalt Dr. v. Kössen zu lesen, die u. a. das interessante Geständnis enthält, daß „kundige Thebaner nicht aufgehört haben, Mittel und Wege zu suchen, durch die den Betriebsratsmitgliedern ein Eindringen in die tieferen Geheimnisse der Gesellschaft verbaut werden könnten“. Dies ist gewiß nur eine Einzeläußerung, aber sie beleuchtet schlaglichtartig ein System. Und das nicht verstummende Gewäsch der Kapitalspresse von der Unfähigkeit der Betriebsräte fände im Falle der Richtigkeit dieser Behauptung eine geradezu bildhafte Erklärung.

Der von den Unternehmerjuristen geführte Auslegungskampf, heute noch nicht beendet, ist durch höchstgerichtliche Rechtsprechung in verschiedener Hinsicht zugunsten der Betriebsräte entschieden worden. Man muß im allgemeinen das Bestreben des Reichsarbeitsgerichts, seiner Rechtsprechung zum Betriebsrätegesetz eine zweck- und sinnentsprechende Auslegung zugrunde

zu legen, anerkennen. Keinesfalls aber gilt dies in bezug auf den Kündigungsschutz. Durch seine Auslegung der Begriffe „Stillelegung“ und „Erforderlichkeit der Entlassung“ hat das Reichsarbeitsgericht diesen Schutz merklich abgeschwächt. Es hat die soziale Stellung des Betriebsratsmitgliedes verkannt.

Gleichzeitig mit dem Auslegungskampf der Juristen gefielen sich maßgebende Kapitalszeitungen, voran die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ als Bannerträger der sozialen Reaktion im Bergbau, in einem unablässigen Kampfe gegen das Betriebsrätegesetz. Mit schamlosen Uebertreibungen und Verallgemeinerung ungehöriger Uebergriffe wurde eine skrupellose Fehde gegen die Betriebsräteeinrichtung geführt. Der Mut der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ zu dieser Fehde wuchs mit zunehmender Ungefährlichkeit sozialreaktionärer Hege. In dem unruhigen Jahre 1920 stand die Gefahrenkurve der „D. Bergw.-Ztg.“ anscheinend recht hoch. Damals vertiefte sie sich (Nr. 272) sogar zu einem Loblied und stellte fest, daß die Unkosten, die aus der Freistellung eines Teiles der Betriebsräte erwachsen, sich auf andere Weise bezahlt machen. Aber die Gefahrenkurve sank rasch. Schon im Jahre 1921 (Nr. 270) gefährdete das Gesetz das Wirtschaftsleben schlechtthin. Und als im Jahre 1924 die Gefahrenkurve anscheinend auf den „Nullpunkt“ sank, da überschlug sich die „D. Bergw.-Ztg.“ geradezu bei ihrem Geschrei nach „Abbau — auch der Betriebsräte“. Im „Hexeneinmaleins“ geschult, verdoppelte und verdreifachte sie die Zahl der Betriebsräte im Bergbau und kam so zu einer täglichen unproduktiven Ausgabe von 260 000 Goldmark. Mit der „D. Bergw.-Ztg.“ über ihre Logik und Ehrlichkeit zu streiten, wäre ein nutzloses Beginnen. Mangelnde Konsequenz seit dieser Zeit können wir ihr allerdings nicht vorwerfen — sie ist ein skrupelloser Gegner des Betriebsrätegesetzes wie allen sozialen Fortschritts geblieben und scheut sich nicht vor der Anwendung schäbiger Mittel. Das beweist wieder einmal die Nr. 29 vom 4. Februar 1930. Anscheinend bemüht sich die „D. Bergw.-Ztg.“, vom „Ruhr-Echo“ zu lernen. Beide sind geschworene Feinde der verhassten Gewerkschaftsführer. Und beide hauen nur auf die Führer, weil sie die Organisationen treffen wollen.

Wahlkämpfe.

Zehn Jahre Betriebsrätegesetz bedeuten einen zehnjährigen Kampf um den Einfluß auf die Betriebsräte. Kein anderes Gesetz hatte bisher gleiche leidenschaftliche und anhaltende Auseinandersetzungen im Gefolge. Seine Schaffung fällt in eine politisch wüthbewegte Zeit. Die Bolschewisten erstrebten eine Politisierung der Betriebsräteeinrichtung. Sie sollte eine politische Machtsquelle, ein Instrument zur Erringung der bolschewistischen Diktatur werden. Anarchosyndikalisten und Unionisten verfolgten ähnliche politische Absichten und veruchten, die einzelnen Betriebsräte zu einer festen Organisation mit eigener Beitragsleistung zusammenzuschweißen. Selbst im freigewerkschaftlichen Lager fanden sich vereinzelt Befürworter selbständiger Betriebsrätezentralen, welche die einzelnen Betriebsräte organisatorisch erfassen sollten. Hinter all diesen Bestrebungen standen entweder politische Abenteuer oder theoretisierende Besserwisser. Mit ihnen mußten die freien Gewerkschaften fertig werden. Was heute jedem einsichtigen Arbeiter klar ist, war auch damals in den freien Gewerkschaften allgemeine Erkenntnis: daß die politischen Räte nur eine Uebergangsercheinung darstellen konnten und daß die Betriebsräte zur Erfüllung ihrer sozialen Funktionen im Betriebe gewerkschaftlicher Hilfe bedürfen. Die Entwicklung hat dieser gewerkschaftlichen Auffassung bisher Recht gegeben. In Rußland wurden nach dem Siege der Bolschewisten die Gewerkschaften stark entwickelt, die die wesentlichsten, bis dahin den Betriebsräten zuführenden Aufgaben zu erfüllen haben. Seit 1921 haben die bolschewistischen Betriebsräte fast nur noch untergeordnete beratende Funktionen. Ihr Recht zur „kollektiven Betriebsleitung“ wurde beseitigt. Sie sind nur noch Untergebene der „einzelpersönlichen Betriebs-

leitung“. In Deutschland hat die Erfahrung gelehrt, daß die Betriebsräte ohne gewerkschaftlichen Rückhalt hilflose Objekte arbeitgeberlicher Willkür waren. Vor zehn Jahren aber war nach bolschewistischer und anarchistischer Weisheitslehre die gewerkschaftliche Organisationsform „historisch überwunden“, „Ablösung vor!“ lautete der Titel einer damals verbreiteten bolschewistisch-unionistischen Heftchrift.

Wenn wirklich der vergebliche Kampf des monarchistischen Polizeistaates gegen die Gewerkschaften den Nachweis für die Lebensfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationsform noch nicht erbracht hätte, das erste Jahrzehnt Betriebsrätegesetz wäre der sicherste Beweis dafür. Nie war eine Bewegung häßlicheren und gemeineren Angriffen ausgesetzt, als die freien Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt. Der Raschemmenton wurde zum eisernen Bestand bolschewistischer Parteitagitation, der gegenüber die sachlicheren Auseinandersetzungen zwischen freien, christlichen und Hirsch-Dunderferchen Gewerkschaften stark in den Hintergrund traten. Leidenschaftlicher und mancherorts geradezu lebensgefährlich waren wiederum die Kämpfe mit den nationalitätlich überpannten und fanatisierten Nationalpolen, die vor allem in Oberschlesien geführt werden mußten. In Oberschlesien errangen die Polen in den Jahren 1920 bis 1922 durch Terror eine starke Mehrheit. Im Ruhrgebiet konnten die Polen im Jahre 1922 noch 103 Mandate erringen. Dann aber fielen sie mächtig ab. Ihr Rückgang ist auf die im Jahre 1922 erfolgte Abtrennung des ost-oberschlesischen Reviers sowie auf Auswanderungen aus dem Ruhrrevier im wesentlichen zurückzuführen.

Trotz aller Verleumdungen und Gemeinheiten, die im Wahlkampf den freien Gewerkschaften entgegengeschleudert wurden, errangen sie im ersten Wahlkampf 1920 mehr als zwei Drittel aller Mandate. Diese Mehrheit wurde trotz all der späteren Dreioffensiven der Bolschewisten gehalten und von 1926 ab, nachdem die Union zusammenbrach, zu einer annähernd Bierstiel-Mehrheit gesteigert (vergleiche nachstehende Zahlentafel). In den Jahren 1926 bis 1928 gab es die ruhigsten Wahlen. Der Zusammenbruch der unter kommunistischer Herrschaft stehenden Union machte die KPD. zunächst ratlos. Die kommunistische Gewerkschaftspraxis erlitt einen schweren Schlag. Das Vertrauen zu kommunistischen Organisationen war aufs schwerste erschüttert. Eine Änderung der KPD.-Taktik war unausbleiblich. Sie erfolgte unter der Parole „Eroberung der Gewerkschaften“. Nunmehr sollten alle Mostaugläubigen in die Gewerkschaften eintreten, um diese von innen auszuhöhlen und sturmreif zu machen. Auch diese Parole verlagte. Sie mußte verfallen, weil die KPD. nicht viele Anhänger hat, die einer KPD.-Parole zuliebe auch Beiträge zu zahlen gewillt sind. Diejenigen, die durch die Schule der Union gingen, waren meistens an niedrige und unregelmäßige Beitragszahlung gewöhnt. Ihnen fiel es nicht ein, der KPD. zuliebe materielle Opfer zu bringen. Es kann heute keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der unorganisierte Janhagel, der auch der KPD. keine Beiträge zahlt, sich nur deshalb bolschewistisch gebärdet, um eine Entschuldig für seine Opferscheu zu haben. Demgegenüber mußte der Clan der wenigen Idealisten in den Reihen der KPD. verfallen. Diese Idealisten hatten zudem in vielen Fällen eine viel größere Einsicht in die Wesenheit unseres heutigen Organisations- und Gesellschaftslebens, als die befehlsmäßig ihre Parolen verbreitenden Ruknießer des russischen Rubels. Kommunistische Funktionäre widerstrebten und — flohen.

Die „Eroberung der Gewerkschaften“ wurde von den Gewerkschaften ohne sonderlichen Kraftaufwand vereitelt. Das Fiasko der „Eroberungstaktik“ machte die Erfindung einer neuen Parole notwendig. Wirtschaftliche und innenpolitische Schwierigkeiten im Sowjetland forderten ein Ablenkungsmanöver. Man erfand die Begriffe „Sozialfaschisten“ und „Arbeiteraristokraten“ für die sozialistischen Arbeiter fast zur gleichen Zeit, wo in Rußland die Brokkarte wieder eingeführt wurde. Hatte sich der frühere Verleumdungsfeldzug gegen die unge-

Mandate:

Jahr	Gesamtzahl der Betriebsräte in Bergbau-Industrie	Freie Gewerkschaften		D. Bergw.-Ztg. Verband		Christliche Gewerkschaften		K. P. D.		Polen		Union		Syndikalistische		Gelbe		Sonstige	
		in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	in % der Gesamtzahl	
1920	7002	5261	68,6	4578	59,74	884	11,58	35	0,45	504	6,47	801	10,45	35	0,45	—	—	142	1,85
1921	8474	5681	67,0	4526	53,41	903	10,65	69	0,81	506	5,97	901	10,63	157	1,85	19	0,22	238	2,80
1922	8820	6037	68,4	4778	54,0	1035	11,72	76	0,86	391	4,42	1015	11,49	153	1,73	11	0,12	111	1,25
1923	8879	5990	67,5	4852	54,64	1078	12,08	101	1,13	151	1,70	1227	13,81	156	1,75	80	0,88	151	1,70
1924	6209	3801	60,3	3330	53,86	910	14,44	61	0,96	42	0,66	1232	19,55	140	2,20	37	0,58	67	1,06
1925	6505	4281	65,8	3713	57,07	1040	15,98	61	0,93	25	0,38	845	12,99	75	1,15	41	0,63	137	2,10
1926	5901	4548	77,01	3991	67,63	954	16,16	69	1,16	23	0,38	1	0,01	65	1,10	70	1,18	171	2,89
1927	6397	4951	77,9	4396	68,71	1079	15,30	61	0,95	22	0,34	—	—	49	0,76	90	1,40	215	3,32
1928	6158	4807	78,06	4216	68,46	1048	17,01	60	0,97	16	0,25	—	—	40	0,64	110	1,78	77	1,24
1929	6281	4633	73,76	3845	61,21	1052	16,74	44	0,70	17	0,27	—	—	312	4,96	116	1,84	78	1,08

Stimmen:

Jahr	Wahlberechtigte Mitglieder	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	in % der Wahlberechtigten	Freie Gewerkschaften	in % der Wahlberechtigten	Christliche Gewerkschaften	in % der Wahlberechtigten	K. P. D.	in % der Wahlberechtigten	Polen	in % der Wahlberechtigten	K. P. D. und Unorganisierte	in % der Wahlberechtigten	Syndikalistische	in % der Wahlberechtigten	Gelbe	in % der Wahlberechtigten	Sonstige	in % der Wahlberechtigten
1929	661161	623413	531142	85,19	349878	65,87	106465	20,04	6687	1,25	2946	0,55	41219	7,76	3618	0,88	15630	2,94	4699	0,88

stellten Gewerkschaftsjunktionäre gerichtet, so wurde von nun ab zwischen angestellten und ehrenamtlichen Funktionären nicht mehr unterschieden. Alle, die nicht zu den Stalinanbetern gehörten, waren im gleichen Maße „Arbeiterverräter“. Und da zu diesen alle Gewerkschaftler gehören, wurde der „Vernichtungskrieg“ gegen die Gewerkschaften eingeleitet. Erstmalig trat dieser wirkliche Arbeiterverrat bei den Betriebsratswahlen im Jahre 1929 in Erscheinung. Alle früheren Gemeinheiten wurden übertrumpft. Betriebsräte, um deren Gunst in den vorhergehenden Jahren gebettelt wurde, wurden nunmehr diebäuglich, mit Zigarren im Munde bei Trinkgelagen mit dem Arbeitgeber gezeigt. Zu dieser Gemeinheit gesellte sich eine auf gleicher Stufe stehende Feigheit. Die übten Nachwerke wurden alle in Form der nicht verantwortlich gezeichneten „Zellenzellen“ den Belegschaften serviert. So im Ruhrgebiet, im ober-schlesischen und sächsischen Bergbau. Alle zur Verfügung stehenden bolschewistischen Parlamentarier wollten während der Wahl in den genannten Bergrevieren, um für die Einsetzung der letzten Kraftreserven zu sorgen. Angehts dieses Kraftaufwand war das Ergebnis für die Bolschewisten geradezu lässlich. Die bolschewistische Sintflut von Dreck und Rot trug

nur 4,96 Prozent aller Mandate im Bergbau ein. Die Bergarbeiterchaft hat sich mit überwältigender Mehrheit von dem Treiben der KPD. abgewandt. Wir wissen, daß die Wahlen in diesem Jahre von der KPD. zumindest mit den gleichen Gemeinheiten wie im Vorjahre geführt werden. Wir wissen aber weiter, daß, wie jeder frühere Ansturm, so auch der jüngste an dem Klassenbewußtsein der Gewerkschaftler zerfallen wird. Die Kampfmittel der KPD. sind nicht dem Proletariat, sondern dem Lumpenproletariat entnommen. Eine kleine Minderheit fanatisierter Arbeiter wird der Lumpenproletariatsideologie, falls von einer solchen zu sprechen erlaubt ist, verfallen. Die Gewerkschaften aber wird man nicht vernichten, sondern in ihrer Entwicklung, die auf die Organisation der Massen hinzielt, nur aufhalten können. Die KPD. ist allzu entartet, als daß sie das Proletariat für eine Vernichtung der Gewerkschaften gewinnen könnte. Untere Pflicht aber ist es, den Vernichtungskrieg nicht zu „erleiden“, sondern vom Abwehrkampf zum Angriff überzugehen, die Künster der Vernichtungsparole als das zu brandmarken was sie sind: als Verräter am Geiste der Arbeiterbewegung. Das lehrt uns ein Jahrzehnt Betriebsräterrecht im Bergbau.

Jahr vor der Wahl, die Hand frei zu haben für Besitzsteuererleichterungen, an die man jetzt trotz der 14 Dezemberrückpunkte nicht denken kann.

Dieser neue Steuerkampf ist ein charakteristisches Beispiel dafür, wie alle bürgerlichen die Steuerlast vornehmlich auf die Schultern der Armen legen und darüber hinaus bei den Ausgaben gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik und Sozialversicherung Spuren wollen. Es ist ein Zeichen der Stärke der Arbeiterbewegung, daß man den erneuten Angriff auf die Arbeitslosenversicherung nur von hinten herum wagt. Wie die Entscheidung in dieser Frage fällt, ist noch nicht zu sagen. Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung sollen immer noch 150 Millionen Mark hergeben gegen Reichsbahnaktien, die restlichen 100 soll die Anstalt selbst beschaffen durch Beitragserhöhung oder Leistungsabbau!

Daß diesen Bestrebungen der hartnäckige Widerstand der Gewerkschaften und der mit ihnen arbeitenden Sozialdemokratischen Partei entgegengesetzt wird, ist selbstverständlich. An kleinen Mitteln zur Ertausgleichung hat das Reichskabinett zunächst von einer Ermächtigung aus 1922 Gebrauch gemacht, womit es den Kaffe Zoll um 15 Pf. pro Pfund und den Tee Zoll um 60 Pf. pro Pfund erhöht. Das ist nicht schön, aber auch nicht weltbewegend. Es braucht nicht einmal Verteuerung zu bedeuten, da der Rohkaffee 1928 108 M., Dezember 1929 63,50 M. und heute 55 M. kostet.

Abwehren müssen wir die Absicht, von der Saargängerunterstützung wieder 3 Millionen Mark zu streichen. Solche Streichungen sind früher schon vorgenommen worden, aber dann mußte man später diese Summe doch wieder einsehen!

Abwehren muß man den Versuch, an der Wochenhilfe 14 Millionen Mark zu sparen. Auch an den 40 Millionen Mark, die der Invalidenversicherung aus Zollmitteln zu Zwecken der allgemeinen Gesundheitspflege zuzuführen, will man 20 Millionen sparen, wofür dann die bis 1935 festgelegten 40 Millionen nach 1935 ein paar Jahre weiter geschürt werden sollen. Auch an den Abfindungen für Kriegsschädigte zum Wohnbau sollen 25 Millionen gestrichen werden.

Beim Wehretat, der 1929 von 730 auf 670 Millionen gekürzt wurde, sollen von 730 Millionen, die Gröner verlangte, nur 30 gestrichen werden! Dafür hat Gröner großmütig auf die Einsetzung einer Rate oder Anerkennungsgebühr für den Panzerkreuzer verzichtet. Der Kampf um diesen Bau wie um das von der Reichstagsmehrheit im Sommer 1929 beschlossene Marinebauprogramm ist also auf nächstes Jahr vertagt.

Sache der Arbeitervertretung im Reichstag wird es sein, am Wehretat weitere, durchaus mögliche Abstriche zu erreichen, die Reichskasse in Ordnung zu bringen und die Sozialversicherung zu sichern!

Steuerkampf — Klassentampf.

Der kapitalistische Staat als Herrschaftsinstrument der Besitzenden nutzt jede Möglichkeit aus, die unterdrückten, ausgebeuteten Volkssteile niederzuhalten, sie kraft- und wehrlos zu halten. Unter diesen Mitteln nahm die Finanz- und Steuerpolitik von je eine bedeutende Rolle ein. Auch sie war in der Vergangenheit immer getragen vom Geist des Kampfes gegen die unterdrückten Klassen. Die Beschaffung der Staatseinnahmen wie die Gestaltung der Staatsausgaben zeigte das deutlich. Den größeren Teil der Steuerlast trugen die breiten Massen, der größere Teil der Staatsausgaben wurde verwandt für Zwecke, die dem Wohl der breiten Volksmasse direkt oder auf die Dauer feindlich waren.

Der Klassenstaat ist nicht Organ, empfangliche Seele und handelnder Wille der Gemeinschaft, sondern Organ und Waffe der Herrschenden im Kampf gegen die unterdrückten Volksklassen. Wir sind dabei, diese Rolle des Staates zu verändern, ihn aus einem Werkzeug der Herrschenden zu einer wahren Organisation der Gemeinschaft zu machen. Mit Hilfe der eroberten politischen Demokratie wäre diese Umformung nicht schwer, wenn nicht an den Füßen der um diese Reform kämpfenden das Bleigewicht der Indifferenzen, der gemerkschaftlich und politisch Unorganisierten, der bei Wahlen bürgerlich stimmenden Proletarier hinge.

In dem Klassenkampf, wie er sich im Streit um Steuern, Zölle und Abgaben ausdrückt, spielen die Staatseinnahmen, die Art ihrer Aufbringung, die Verteilung der Steuerlasten eine große Rolle. Der Standpunkt der organisierten Arbeitnehmererschaft zu dieser Frage ist klar und eindeutig:

Quellenbesteuerung und Verteilung der Lasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Dazu gehört eine Einkommensteuer, die ein Existenzminimum freiläßt und die mit der Größe des Einkommens stark nach oben ansteigt. Dieser Grundsatz ist nach der Staatsumwälzung in Deutschland durchgeführt. Ein wenn auch noch nicht genügend hohes Existenzminimum bleibt von der Lohn- und Einkommensteuer frei, bei den größten Einkommen steigt der Steuerfuß auf 40 Prozent. Vermögen- und Erbschaftssteuern sind nur gering ausgebildet, insbesondere die letztere könnte zehnmal so hohen Ertrag bringen wie heute. Eine einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten, wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehungen an Hand obligatorischer Buch- und Betriebsprüfungen würden große Erträge bringen.

Könnte man solche Steuerpolitik mit einer Wirtschaftspolitik verbinden, die den Staat in steigendem Maße beteiligte am Vermögen, an der Verwaltung kapitalistischer Erwerbsunternehmungen, so wäre der Weg frei zu einer segensreichen Entlastung der breiten Volksmassen von hartem Steuerdruck.

Die Frage der direkten oder indirekten Steuern spielt heute nicht mehr die große Rolle wie früher. Einmal verliert die direkte Steuer ihren ursprünglichen Charakter, wenn sie abgewälzt wird, und dann sind bestehende indirekte Steuern auch nicht von heute auf morgen abzuschaffen, sondern die Arbeiterklasse muß Gewicht darauf legen, daß bei der Verbrauchsbesteuerung zuerst der Luxus, der über den Normalbedarf hinausgehende Bedarf und nicht der lebensnotwendige Massenbedarf belastet wird. Ein Staatsmonopol wird auf dem Gebiet der Verbrauchsbelastung einem komplizierten Steuerjargon, das oft die Steuer im Warenpreis vervielfacht in Erscheinung treten läßt, vorzuziehen sein. Wie man die Verbrauchsbesteuerung gerecht und für die Armen tragbar gestalten könnte, drückte Walter Rathenau vor dem Krieg in seinem Buch: „Von kommenden Dingen“ wie folgt aus:

„Die Rentennbürgerei betrachtet den Anspruch der Gemeinschaft als eine unliebe Köfigängerei, die man mit geringem Aufwand abtutet. Freilich ist das Einkommen steuerpflichtig, freilich ist es die Erparnis, am schuldigen aber ist der Verbrauch, und zwar sollte er so besteuert werden, daß oberhalb eines auskömmlichen Mindestmaßes, auf jeden Kopf berechnet, für jede Mark weiteren Verbrauchs zum mindesten eine Mark dem Staate gebührt.“

Man denke sich unsere Verbrauchsbesteuerung nur annähernd so gestaltet, wie Rathenau vorschlug: welche Umkehr gegen heute! Was aber jener Bürgerliche vorschlug, wird selbstredend wütend bekämpft von unseren Großverbraachern, ihren Lakaien, und es wird verhindert durch die dicke Einstelllung von Millionen Wählern und Wählerinnen, die gerade diejenigen wählen, die dem lebensnotwendigen Bedarf das meiste aufpassen!

Vor dem Krieg wäre es durchaus möglich gewesen, die gesamten öffentlichen Ausgaben auf dem Wege einfacher, direkter Besteuerung aufzubringen, denn die Anforderungen der öffentlichen Hand betragen etwa 10 Prozent des Volkseinkommens. Nach dem Krieg dürften diese Anforderungen auf etwa 25 Prozent gestiegen sein. In den Ausgaben des Reichs ist seit 1913 eine gewaltige Verschiebung eingetreten. So betragen in Mill. M.:

	1913	1924	1925	1926	1927	1928
Gesamtausgaben	2836	7931	8214	8900	9085	9529
aus Staatsmitteln und						
Wirtschaftskredit	192	2140	2344	2425	2600	3183
aus dem Reich						
den Wirtschaftskrediten an						
den Wirtschaftskrediten	2428	1739	2554	2705	2403	1984

Wenn man dazu den Geldwertunterschied berücksichtigt, leuchtet ein, wie wenig Geld heute dem Reich zur Verfügung steht im Vergleich zu 1913.

Die gegenwärtige katastrophale Finanzlage des Reichs ist wesentlich Schuld der bürgerlichen Regierungen vor 1928. In den Jahren 1924/25 kamen im Reich an Steuern und Abgaben 2291 Millionen Mark mehr ein, als veranschlagt war. So war 1924 ein Bruttoüberschuß von 705 Millionen und 1925 ein solcher von 234 Millionen Mark vorhanden. Die Steuererleichterungen 1925/26 (darunter auch Umsatz-, Lohnsteuer, Zucksteuer, Wegfall der Salzsteuer) änderten das Bild, aber es wurden auch 1300 Millionen nicht wiederkehrender Ausgaben aufgebracht. So fand Hilferding einen Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt von 675 Millionen Mark vor, der aus dem Arbeitsbeschaffungs- und Preislenkungsprogramm herührte. Dazu kam ein Fehlbetrag von 154 Millionen Mark aus dem ordentlichen Haushalt 1928. Die katastrophale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ablehnung der von uns geforderten Beitragserhöhung usw. verschlimmerte dann die Lage weiter. Statt Steuererleichterungen vornehmen zu können, ergibt sich die Notwendigkeit, 700 Millionen neu zu decken. Dabei zeigt sich das Bestreben der Bürgerlichen, jetzt möglichst viel aus neuen laufenden Verbrauchssteuern herauszuholen, um 1931, im

Der Geschäftsbericht von drüben.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist der den Gewerkschaften gegenüberstehende Machtfaktor. Sie bildet die Zusammenschau der organisatorischen Kräfte jenseits der Grenze, die die beiden Klassen, Kapital und Arbeit, trennt. Vor kurzem gab die Vereinigung ihren Geschäftsbericht heraus, der die Zeit von Anfang 1927 bis Mitte 1929 umfaßt.

In der Einleitung wird ausgeführt, daß die Steigerung der öffentlichen Aufwendungen, die sozialen Anforderungen und die Erhöhung der Löhne eine Gesamtbelastung im Jahre 1929 gegenüber 1926 von 17 Milliarden Mark ergeben hat. Einzelberechnungen, wie diese Mehrbelastung zustande gekommen ist und woraus sich die Summe von 17 Milliarden zusammensetzt, werden nicht gemacht. Eine Nachprüfung ist also nicht möglich und muß man die Angaben als sehr problematisch bezeichnen. Es wird weiter ausgeführt, daß diese außerordentliche Mehrbelastung die deutschen Unternehmer zu einer umfassenden Rationalisierung gezwungen habe. „Man kann heute rücksehend sehr begründete Zweifel darüber haben, ob nicht die durch die Ueberlastung der Wirtschaft erzwingene (?) Rationalisierung in unserer Kapitalarmen, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in zu schnellem Tempo und zu großer Ausdehnung vollzogen hat.“

Die Gewerkschaften sind schuld an den Fehlinvestitionen!

Die Vereinigung wehrt sich gegen den Vorwurf der Fehlinvestitionen infolge der überstürzten Rationalisierung durch den Hinweis, daß „der größte und verhängnisvollste Fehlauf der letzten Jahre, wie er in vorstehendem skizziert ist, entgegen den begründeten Warnungen und dem Widerstand der Unternehmer von den gleichen Kräften erzwingen worden ist, die sich nicht Genüge tun können in abspredender Kritik der Unternehmerleistung“. Das ist eine sehr billige Behauptung. Wenn die Unternehmer das Prädikat „Wirtschaftsführer“ für sich beanspruchen und dann in der Organisation der Produktion zu Fehlinvestitionen kommen, dann klingt es sehr eigentümlich, wenn die Schuld dieser verfehlten Wirtschaftsführung auf diejenigen abgeschoben wird, die man bewußt von jedem Mitbestimmungsrecht ausschaltet.

Natürlich fehlt es nicht an Seitenhieben auf die von den regierenden Körperschaften beeinflussten Wirtschaftspolitik. Allerdings bequemt man sich doch zu einem Eingeständnis: „Man mag zugeben, daß es unendlich schwer für unser Volk und seine Regierung ist, nach unserem Zusammenbruch, nach der tiefgreifenden Umgestaltung unserer politischen Struktur mit der Umlagerung der politischen Gewalt in der Richtung solcher Volkssteile, die bisher ohne Verantwortung für eine praktisch durchführbare und erfolgreiche Staatsführung in der Opposition gestanden haben, und angesichts der Umwälzungen technischer und organisatorischer Art im Raum der Wirtschaft die optimale Linie unseres Staatswesens zu finden.“ Dieses Eingeständnis wird nicht unterstützt durch praktische Vorschläge, wie sich die Vereinigung eine einheitliche Wirtschaftspolitik denkt, die dem begründeten Streben der arbeitenden Massen Rechnung trägt.

Wie sieht die Spitzenorganisation der Unternehmer aus?

Die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände ist durchaus nicht ein so einheitliches Gebilde, wie man dies erwarten sollte. Bekanntlich ist sie erst nach dem Kriege entstanden. Ziel der Vereinigung war es, die fachlich und gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverbände organisch zu verbinden. „Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in der Verankerung des Grundgesetzes, daß unter Anerkennung der Gleichberechtigung beider Organisationsformen jeder Arbeitgeber sowohl fachlich wie gemischt-

gewerblich organisiert sein soll.“ Die Vereinigung faßt 6 400 000 Arbeitnehmer zusammen. Insgesamt sind entweder durch direkte Mitgliedschaft oder durch Interessengemeinschaft 3009 Arbeitgeberverbände angeschlossen. Außerhalb der Vereinigung stehen als wesentlichste Gruppen nur die Zigaretten- und die Bekleidungsindustrie (Konfektion und Schuhe). Als reine Arbeitgeberverbände sind die Organisationen der Industrie- und Gewerbegruppen anzusehen, die 4 800 000 Arbeitnehmer beschäftigen. Dazu treten gemischt-gewerbliche Vereinigungen mit insgesamt 1 600 000 Arbeitnehmern. Nach Wirtschaftsgruppen gegliedert, gehören der Vereinigung an: Industrieverbände mit 5 200 000, Handwerk mit 320 000, Landwirtschaft mit 315 000, Verkehr mit 235 000, Handel mit 210 000, Banken mit 25 000, Versicherungen mit 10 000 und andere Gewerbe mit 65 000 Arbeitnehmern.

Jeder Unternehmer soll doppelt organisiert sein!

An sich bildet also die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände ein buntes Gemisch von Spitzenorganisationen, Reichsverbänden, Fachgruppen, Bezirksverbänden und einiger Ortsverbände. Von den in den Mitgliedsverbänden der Vereinigung erfaßten 6 400 000 Arbeitnehmern sind: doppelt organisiert 67,8 Prozent; nur regional, aber nicht gleichzeitig fachlich, 9,1 Proz.; nur fachlich, aber nicht gleichzeitig regional, 6,8 Prozent. Auf 16,5 Prozent läßt sich das Prinzip der doppelten Zugehörigkeit nicht anwenden, da diese teils anderen Wirtschaftsgruppen (Banken, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Verkehr, Versicherungen, Zeitungsgewerbe) angehören. Nach dem Prinzip der Vereinigung soll jeder Unternehmer doppelt, d. h. sowohl fachlich als gemischt-gewerblich, organisiert sein. Mit dem Reichsverband der deutschen Industrie, der wirtschaftspolitischen Spitzenorganisation der Unternehmer, bestehen enge Verbindungen. Alljährlich werden gemeinsame Geschäftsführerkonferenzen abgehalten. Sachungsmäßige Organe der Vereinigung sind: Das Präsidium (10 Mitglieder), der Vorstand (50 Mitglieder), der Hauptausschuß (200 Mitglieder) und die ordentliche Mitgliederversammlung. Es ist also ein umfangreicher Apparat, der hier zur Erledigung der Geschäfte aufboten wird.

Die zerriffene Arbeiterfront.

Ein wehmütiges Gefühl beschleicht einem, wenn man die 25 Seiten des Berichts durchfließt, welche den Gewerkschaftsverbänden gewidmet sind. In der zusammenfassenden Schilderung kommt ein Bild der Zerrissenheit der Arbeiterchaft zum Ausdruck. Oben stehen die freien Gewerkschaften (ADGB und IFA-Bund) als der maßgebendste Block der gewerkschaftlichen Front. Es folgt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Angestelltenverbände und die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen der verschiedensten Art. Die letzteren sind mit nicht weniger als elf Spitzenverbänden vertreten. Wenn auch die Arbeitgeberverbände noch lange nicht einen einheitlichen Körper mit klarer Zielsetzung darstellen, so ist doch immerhin ein einheitlicher Wille und auch eine entsprechende organisatorische Einrichtung vorhanden. Aber auf der Seite der Arbeiter und Angestellten, also diesseits der Front, sieht es sehr traurig aus. Eine größere Zersplitterung läßt sich kaum denken. Die Unternehmer sind organisatorisch nicht stärker als die Gewerkschaften, denn die 6 400 000 Arbeiter und Angestellten, die sie umfassen, werden beinahe von den freien Gewerkschaften erfaßt. Immerhin wirkt die Vereinigung als eine einheitliche Macht, weil die Zersplitterung in politische und religiöse Richtungen bei den Unternehmern unbekannt ist. Diese Lücke muß durch äußerste Kraftanstrengung mit und durch die freien Gewerkschaften ausgeglichen werden.

Mehr gefeuert als geheuert.

Alle Industriestaaten, außer Frankreich, sind von einer beispiellosen Arbeitslosigkeit heimgesucht. In den Vereinigten Staaten wird die Zahl der Unbeschäftigten im Mittel auf 4 Millionen geschätzt, in Deutschland sind es 2 1/2 Millionen, in England werden es einschließlich der unversicherten und nichtgebuchten gut 2 Millionen sein, in Österreich, Polen, Australien, Dänemark, der Tschechoslowakei, Japan, Schweden usw. schwankt der Satz zwischen 8 und 25, ja noch mehr Prozent, während er in Belgien nur erst 5 Prozent beträgt. Welch ungeheure Schädigung ein solcher Zustand für die Volkswirtschaft bedeutet, läßt sich leicht errechnen. Nimmt man den Produktionswert einer Arbeitsstunde nur mit 1 M. an, so erleidet beispielsweise Deutschlands Wirtschaft durch seine jetzige Arbeitslosigkeit einen Verlust von 500 Mill. M. im Monat. Mit diesem gewaltigen Schaden hat es jedoch noch lange nicht sein Bewenden. Die zum Nichtstun gezwungenen Leute sind geschulte, arbeitsfertige Menschen, die ein Kapital in Milliardenhöhe darstellen. Dieses Kapital liegt ungenutzt, trägt keine Zinsen und entwertet sich.

Aber die Arbeitslosen schaffen nicht nur keine Werte, sondern sie verzehren noch welche. Die Erwerbslosen müssen irgendwie, sei es durch staatliche Unterstützung, öffentliche Wohlfahrt oder durch Almosen, wenn auch kümmerlich, genährt werden. Sie speisen mit am Tische der Nation, ohne diesen decken helfen zu können. Was sie verbrauchen, wird von dem Arbeitsertrag des noch schaffenden Volksteiles genommen. Das heißt, auf die kürzeste Formel gebracht: die erwerbslosen Arbeiter müssen von ihren erwerbstätigen Kameraden mit durchgeschleppt werden.

Ja, wenn es der wirtschaftliche Schaden nur allein wäre! Aber noch beklagenswerter, noch schlimmer ist die Verwüstung seelischer Werte. Dieser Schaden läßt sich freilich nicht in Geldzahlen ausdrücken, wenigstens nicht die Volkswirtschaft mit Geld und die Gesellschaft mit etwas anderem auf Heller und Pfennig bezahlen müssen.

Die ganze Größe des seelischen Unheils, das die Arbeitslosigkeit anrichtet, kann nur der erfassen, der selbst einmal durch die Leere der Brotlade oder durch hungernde Kinder auf die Suche nach Beschäftigung getrieben worden ist. Eine kurze Zeit läßt sich das Nichtstun schleiflich ertragen, denn der Erwerbslose ist noch des Glaubens, daß er, der was kann und schaffenslustig ist, bald irgendwo wieder unterkommt. Wenn er aber tagelang, wochenlang vergeblich von Fabrik zu Fabrik gelaufen ist, und wenn ihm daheim Abend für Abend von verstörtem und verzweifeltem Augen dieselbe Schicksalsfrage gestellt wird und die er immerzu nicht mit Ja beantworten kann — dann beschleicht ihn das unsagbar niederdrückende Gefühl, zu nichts mehr nütze zu sein. Er kriegt es mit der Hoffnungslosigkeit, mit der Verzweiflung zu tun. Abgemacht nimmt er die Gefühls- und Denkarbeit einer neuen Umgebung, seiner Leidensgenossen, an. Mit ihnen ist er durch die Gleichartigkeit des Loses wie den Gleichklang der Mißstimmung verflochten. Er kommt wie sie zu der festen Meinung, daß eine Gesellschaft, die fleißigen Menschen noch nicht einmal Arbeitsgelegenheit und Brot zu bieten vermag, keine Daseinsberechtigung hat. Und was die millionenförmige Erwerbslosenmasse denkt, meint und leidet, pflanzt sich in die Betriebe und Arbeiterheime fort.

Was durch solche unbeschäftigten, mißgestimmten, verzweifelten Menschenhaufen entstehen kann, hat jene Kapitalistenklasse am ehesten begriffen, die mit kapitalistischem Pferdeverstand einigermaßen verstehen ist, die amerikanische nämlich. Seit einem Vielesjahrhundert bemüht sich die Oberschicht der amerikanischen Industrie- und Finanzwelt, die „Prosperität zu konservieren“, das heißt zu fördern, die Millionen unbeschäftigter Arbeiter von der Straße weg in die Fabriken zu bringen. Der Antrieb dazu bildet die Erinnerung an die Krise vor einem knappen Jahrzehnt, wo das „rote Fieber“ sich in den Industriebezirken anzufüttern begann. Diese grimmige Erscheinung liegt der amerikanischen Kapitalistenklasse heute noch in den Knochen.

Am tiefsten jedoch wird die Seele der jugendlichen Arbeiter, der Frauen und Kinder von der Erwerbslosigkeit durchfurcht. Ihnen bleibt die Hungertur zeitweilig gegenwärtig. Das üble Erlebnis bestimmt sie, die Konsequenzen zu ziehen: Welchen Zweck hat dieses Leben überhaupt? Warum Kinder in die Welt setzen, wenn sie später keine Beschäftigung, keinen Lebensunterhalt finden? Was nicht geboren ist, kann nicht überflüssig werden! — Die Auswirkung dieser Erwägung läßt sich an der Geburtenrate der westeuropäischen Staaten ablesen. Fast in allen ist sie im Sinken. Allerwärts haben immer mehr die Kinder einer Familie zusammen weniger Kinder als ihre Eltern allein hatten.

So bildet denn die andauernd starke Arbeitslosigkeit eine wachsende Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft, die staatliche Finanz, die staatliche Ordnung und schließlich für die Erhaltung der Volkszahl oder der Rasse. Dies müßte eigentlich die beherrschende Klasse und ihre Regierungen schon um ihrer selbst willen veranlassen, das Mögliche zu tun, um die große Drangsal einzudämmen. Doch von dergleichen ist, wenn man von Nordamerika und England absieht, nirgends etwas zu sehen, eher von dem Gegenteil. Hierfür anstatt vieler Beispiele nur eins: In Deutschland, wo die Wohnungsnot zum Himmel schreit, müßte der Wohnungsbau belebt, Hunderttausende müßten in nützliche Beschäftigung gebracht werden. Statt dessen wird der von außen nötige Kapitalzufluß unterbunden und dadurch die Bautätigkeit abgedrosselt.

Nun ist es heute freilich auch viel weniger als früher möglich, etwas Durchgreifendes gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Man wird sich schon glücklich schätzen dürfen, wenn eine vorübergehende Linderung gelingt. Denn aus derselben Quelle, woraus das große Uebel spritzt, quillt die Lebensmöglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Ihren eigenen Lebensquell zu verstopfen, wird man von der Kapitalistenklasse wohl nicht erwarten. Für sie hieße es, sich selbst aufzugeben, wolle sie die Ursachen der Arbeitslosigkeit entfernen. Sie will das daher nicht — und sie kann es auch nicht. In der Tat!

In der Kriegszeit wurden die einstrigen Abgabengebiete der europäischen Industrie durch den Warenmangel gezwungen, sich gleichfalls Fabriken zu bauen. Nun sind die Käufer von einst mit ihren früheren Lieferanten in hartem Wettbewerb. Um in dem heftigen Wettlauf um den Kunden vorne zu bleiben, müssen die Waren möglichst angeboten werden. Diese Notwendigkeit treibt jeden Fabrikanten, jedes Gewerbe, jedes Land an, die Produktion zu verbilligen. Das heißt zunächst und vor allem, die teure menschliche Arbeitskraft durch Maschinen und erdige Arbeitsweisen zu ersetzen. Daher allerwärts Rationalisierung. Sie ist noch keineswegs abgeschlossen. Jede neue Erfindung gebiert eine noch neuere. Und dies nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handel, im Bankgewerbe, im Unterhaltungswesen und im Kunstgewerbe. Hierfür ein Beispiel aus den letzten Wochen: Die jetzt eintreffenden amerikanischen Zeitungen enthalten einen Aufruf des Musikerverbandes, worin das Publikum inständig gebeten wird, nicht mehr Lokale

mit Maschinenmusik zu besuchen, denn es seien schon zehntausende Musiker (und Artisten) arbeitslos; der Sprechfilm und die „Konfervenmusik“ bedeuteten den Tod des Musikers und seiner Kunst. Wie die Musiker, klagen auch andere Berufe.

Die Klagen werden leider nichts nützen. Die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel, müssen eben weiter rationalisieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie werden unablässig irradieren, noch mehr Menschen durch Maschinen usw. überflüssig zu machen. Es werden immer mehr Arbeiter gefeuert als geheuert, damit das kapitalistische Geschäft weiter blüht und lebt. Es lebt und blüht in der Tat. Von räumlichen und zeitlichen Ausnahmen abgesehen, steigt allerwärts trotz sinkender Arbeiterzahl die Produktionsmenge, und der Profit ist im großen und ganzen nicht übel, teilweise sogar glänzend. Während die Warenerzeugung immer besser geht, geht es den Erzeugern, den Arbeitern, immer schlechter. Und dies in allen Ländern, wie die weltweit starke und stärker werdende Arbeitslosigkeit beweist.

Das große Uebel der kapitalistischen Wirtschaft hat allerdings noch eine andere Seite: Von der Arbeitslosigkeit werden jetzt nicht

lirte als klassenbewußte Arbeiter bezeichnet und sogar der organisierten Arbeiterchaft, den Gewerkschaften, vorangelegt werden. Man sieht, mit welcher oberflächlichen Behauptung die kommunistische Parolenhilde ihre neue Taktik begründet. Das hindert aber die deutschen Nachbeter nicht, sich diese neue Taktik zu eigen zu machen. Und so erklären sich dann auch die verschiedenen Tagesparolen und Kongresse, die nun die kommunistische Agitation neu beleben sollen. Der Erfolg bei den Betriebsrätewahlen war gleich Null, denn die Bergarbeiterchaft erklärte sich zu 74 Prozent für die Liste der freien Gewerkschaften und unseres Verbandes, während die Kommunisten, Einheitsfrontler und Unorganisierte nur 5 Prozent der Mandate erringen konnten bei einer Wahlbeteiligung von 86 Prozent der Belegschaft.

Daß dieser „Erfolg“ seine Wirkung nicht verfehlte, war klar. So griff man dann zur Werbetrömmel und Reklame und veranstaltete Kongresse, um der neuen Taktik eine stärkere Schlagkraft zu verleihen. Als Hauptattraktion wurde der im Vorjahre am 30. November und 1. Dezember in Berlin stattgefundene Kongreß der Gewerkschaftsopposition aufgezogen. Angeblich waren dort 1117 Delegierte anwesend. Daß dieselben aber nur 0,02 Prozent der Betriebsräte vertraten, wurde natürlich nicht verkündet, dafür wurden aber, wie gewöhnlich, bombastische Reden gehalten. Die ältesten Lebenhüter wurden

aufgehoben: „Kampf der Gewerkschaftsführung“, „die Opposition muß den Tageskämpfen eine neue Führung geben“, „Bildung von selbständigen Kampfleitungen“, „klassenbewußte Unorganisierte müssen mit an die Spitze der Kampfleitungen gestellt werden“ usw.

Im Zusammenhang damit wurde dann auch auf die Aufgaben der roten Betriebsräte hingewiesen und der Aufbau von revolutionären Vertrauensleuten in den Betrieben verlangt. Zusammensfassend sagte der Hauptredner auf dem Kongreß M e r k e r, der „Gewerkschaftsstrategie“ der R.P.D.: „Wir kennen keine anderen erfolgreichen Kampfmittel als den Streik im Betriebe und Industriezweig, die Demonstration, den politischen Massenstreik und im akuten Stadium den bewaffneten Aufstand.“

Wie weit der Haß gegen die freien Gewerkschaften in diesen Kreisen geht, kann man weiter auch daran erfahren, daß die kommunistische Presse Ausprüche wie: „Der Kampf geht nur über die Leichen der Gewerkschaftsbonzen“ besonders publiziert. Zur Eroberung der Betriebsräte bei den kommenden Wahlen sollen Wahlauschüsse gebildet werden. Darin sollen aber nicht nur Vertreter der im Betriebe Beschäftigten, sondern auch Vertreter der Frauen, Vertreter von Arbeitern, die in der Nähe des Betriebes wohnen, sowie Erwerbslosenvertreter hineingewählt werden. Diese Wahlauschüsse sollen auch die Gewähr für die „Echtheit“ der aufzustellenden Kandidaten bieten, denn „ein Teil der roten Betriebsräte vom Vorjahre hat verfaßt“, schrieb das „Ruhr-Echo“ vom 9. Januar d. J.

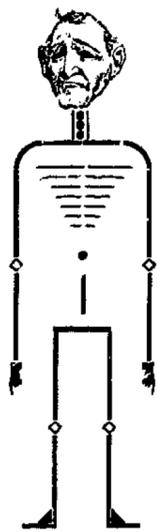
Das „Ruhr-Echo“ klagt, daß die „roten“ Betriebsräte sich von praktischer Gewerkschaftsarbeit haben leiten lassen und immer den jeweiligen Anweisungen der Gewerkschaften gefolgt sind. Die Betriebsräte sollen demnach nicht Interessenvertreter der Belegschaft im Betriebe, sondern nur Vertreter der kommunistischen Parteinteressen sein. Daß sich immer mehr ehrliche Gewerkschafter von der kommunistischen Partei abwenden, ist darum nicht verwunderlich und wird auch von der „Roten Fahne“ in einem Rückblick vom 28. Dezember v. J. zu den stattgefundenen Betriebsrätewahlen in der Berliner Metallindustrie zugegeben. „Durch die opportunistische Einstellung“, so heißt es dort, „eines Teiles der alten Betriebsräte war es nicht möglich, in verschiedenen Großbetrieben rote Betriebslisten aufzustellen. Die Genossen zogen es vor, der Anweisung der Gewerkschaftsbürokratie zu folgen und die Betriebsratslisten gemeinsam mit den Sozialfaschisten in gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen unter Ausschaltung der übrigen Arbeiter aufzustellen. Fast durchweg wurden die letzten Betriebsratswahlen durchgeführt ohne Aufstellung konkreter Kampfforderungen, ohne Mobilisierung der gesamten Belegschaft für den Kampf um diese Forderungen. In keinem Betrieb wurde ein Wahlauschuß gebildet, der die Vorbereitungen der Betriebsrätewahlen organisiert und leitet.“

Also wieder das Eingeständnis eines „Erfolges“ der neuen Gewerkschaftstaktik! Der größte Teil der organisierten Arbeiterchaft hat eben die uninnigen Parolen der Kommunisten erkannt. Auch die Unorganisierten lassen sich nicht vor deren Wagen spannen. Jetzt konzentriert sich der Kampf um die Eroberung der Betriebsräte im Bergbau. Der Mißerfolg vom Vorjahre soll ausgewetzt werden. Es ist eine letzte verzweifelte Anstrengung der R.P.D., um wieder Einfluß auf die Arbeiterchaft, und sei es mit Hilfe der Unorganisierten, zu gewinnen. Die Organisation wird auch dieser kommunistischen Aktion zu begegnen wissen und auch diese wird scheitern, nicht weil es kein Problem der Unorganisierten gibt, sondern weil es für die freigewerkschaftliche Bergarbeiterchaft keine klassenbewußte Unorganisierte, sondern nur klassenbewußte organisierte Klassen-genossen gibt.

Die Stärkung der organisierten Kampffront ist das Gebot zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen im Bergbau. Die organisierte Bergarbeiterchaft hat aber keine Ursache mehr, Rücksicht auf solche „Aucharbeitervertreter“ der R.P.D. zu nehmen, denn deren Ziel ist genau so reaktionär, wie das der Gelben und der Unternehmer: die Verschlagung der Gewerkschaften! Nach Abschluß dieser kommunistischen Aktion wird dann die R.P.D. wieder einmal, wie in den verflochtenen „großen Revolutionsjahren“, feststellen müssen, daß die Arbeiterchaft für derartige Methoden nicht „reif“ sei. Das Resultat aber wird sein, daß eine Anzahl von Proleten, wie damals, für die kommunistische „Strategie“ auf der Strecke bleibt. Den Schaden trägt jedoch auch die Gesamtarbeiterchaft, die dadurch in ihrem Vorwärtstreben gehemmt wird zum Nutzen des reaktionären Unternehmertums. Darum, Bergarbeiter, aufgepaßt! Es gibt nur eine Parole, die Parole eurer Organisation, des Bergbauindustriearbeiterverbandes, auch bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen im Bergbau.

„Beitrag zahlen? Ausgeschlossen!“

Quakel sprach: „Ich bin ein Mann,
Der sich selber helfen kann.
Ich kann schaffen. Um das Morgen
Quälen mich auch keine Sorgen.
Mich bezaubert kein Verband,
Denn ich bin noch bei Verstand.
Beitrag zahlen? Ausgeschlossen!
Den verpflegen die Genossen!
Ehe mich um dieses Geld
Ein korrupter Bonze prellt,
Will ich lieber es verkaufen
Oder mir was Gutes kaufen.
Besser noch: Wenn Jahr um Jahr
Ich den Beitrag mir erspar,
Kann in dreißig, vierzig Jahren
Ich mir ein Vermögen sparen.“



Etwa dreißigtausend Mark
Ist dann mein Vermögen stark.
Eine gute Altersrente
Sichern mir schon die Prozente.“ —
So sprach Quakel noch und noch,
Bis ihn das Verhängnis roch.
Rheuma froch ihm in die Knochen,
Dadurch kam er in die Wochen.
Bald ging seine Rechnung schief:
Er bekam den blauen Brief.
Krank, Erwerbslos, kein Kollege
Kreuzte hilfsreich seine Wege.
Quakel (siehe Zeichnung) blieb
Wattig wie sein Sparprinzip.
Quakeln und den Beitrag scheuen
Heißt: sich Spreu und Disteln streuen!

Victor Kalinowski.

mehr bloß ein paar Linder, sondern alle Länder gleichzeitig heimgesucht, und sie bedrückt nicht mehr wie einst nur die Fabrikarbeiter, sondern auch die Strohtragerleute, also die Kaufleute, Techniker, Beamten und Künstler gleichermaßen, das sind die Schichten, die bisher die kapitalistische Gesellschaft noch stark pießen und stützten. Die neue internationale und interberufliche Schicksalsgemeinschaft mit ihren seelischen und sonstigen Konsequenzen ist hochbedeutend für den Befreiungskampf der Arbeiterchaft, was jetzt nur angedeutet sei.

Von dem Unternehmertum ist in Sachen der Arbeitslosigkeit nichts Günstiges zu erwarten. Von den Gewerkschaften um so mehr. Sie sind berufen und verpflichtet, tatkräftig nach der Unterbindung des Uebels zu streben. Die außergewöhnliche Aufgabe bedingt außergewöhnliche Maßnahmen. Da das Uebel international ist, ist dagegen international vorzugehen. Dem internationalen Gewerkschaftsbund blüht ein ebenso schweres wie dankbares Werk: Das Produktionsproblem ist gelöst, das Verteilungsproblem aber heischt nun gebieterisch Lösung. Die Warenerzeugung nimmt immer mehr zu, die Erzeuger aber nehmen immer mehr ab; die Geschäftsgewinne sind recht gut, die Löhne aber sind recht schlecht. Aus diesen Tatsachen ergeben sich die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

In der Reihe der Maßnahmen hat zuoberst die Verkürzung der Arbeitszeit zu stehen. Die fünfjährige oder vierzigstündige Arbeitswoche sollte von allen Gewerkschaften ins Pflichtheft aufgenommen werden, denn sie ist überflüssig, und noch einige andere Forderungen dazu. Der außergewöhnliche Umfang des Uebels verlangt, wie gesagt, außergewöhnliche Maßnahmen. Und Kühnheit obendrein. Fritz Kummer.

Die R.P.D. zu den Betriebsräte-wahlen.

Wie im Vorjahre, so versuchen auch in diesem Jahre die Kommunisten, mit allen Mitteln die freien Gewerkschaften im Hinblick auf die diesjährigen Betriebsrätewahlen zu bekämpfen, damit ihren von Moskau befohlenen Parolen ein anderer Erfolg als im Vorjahre beschieden sei. So hat die R.P.D. ihre Mitglieder bereits verpflichtet, in allen Betrieben den Gewerkschaften eigene kommunistische Listen entgegenzusetzen. Sie kehren mit ihrer jetzigen Taktik somit wieder zum Ausgangspunkt ihrer Bewegung in der Gewerkschaftsfrage zurück. An die Stelle des versteckten Kampfes tritt wieder mehr und mehr der offene Kampf. Damit dokumentiert aber auch der Kommunismus, daß der Zellenbau in den Gewerkschaften, die kommunistische Fraktionsarbeit, nicht zu dem gesteckten Ziele: die Eroberung der Gewerkschaften von innen heraus, geführt hat. Die freien Gewerkschaften zeigten sich eben widerstandsfähiger als die Theorie Losowskis von der Roten Gewerkschafts-internationale. So mußte man denn nach neuen Mitteln und Methoden suchen und man fand sie auch.

Auf einer „europäischen“ Konferenz der Moskauer Internationale in Straßburg im Januar v. J. entdeckte man das Klassenbewußtsein und die Aktivität des indifferenten Arbeiters und so stellte man dann darauf die neue Gewerkschaftstaktik ein. Die Begründung, die Losowski dieser neuen Theorie gab, ist für jeden organisierten Arbeiter bemerkenswert. Er sagte: „Wer will behaupten, daß die fähigsten, klassenbewußten und kampfgewillten Elemente der Arbeiter sich in den reformistischen Betrieben befinden? Die Tatsachen haben es bewiesen, daß es gegenwärtig viele aktive Elemente außerhalb der Gewerkschaften gibt, die während eines Kampfes ausgenutzt werden können und müssen. Die Zeit, wo unorganisiert und nicht klassenbewußt identisch waren, ist vorbei!“

Wo Losowski diese Tatsachen her hat, ist sein Geheimnis. Charakteristisch ist, daß hier mit ein paar Sätzen Unorgani-

HAUS UND LEBEN

Mensch und Masse.

Wir sind voll von Wollen und Drang, voll Glauben und voll von Tatbedürfnis. Und unsere Bewegung gibt diesem unseren Bedürfnis nach Entladung von menschlicher Fülle Befriedigung. Da gilt es, zu werden und aufzuklären, zu bilden und mitzuvorleben. Und wieviel wir auch wirken, es ist kein Ende, keine Erfüllung. Denn ward uns Erfolg, dann ist um so größer der Drang in uns nach neuem Schaffen am Werte. Und das bietet täglich neue Aufgaben.

Ständen wir allein, außerhalb der Bewegung, wir wären nichts. Wir wären ein Stäubchen, das verfliegt und das nie gewesen. Nur wenn wir in der Masse stehen, sind wir geschichtlich.

Die Hüter des Alten glauben das Alte bewahren zu müssen, weil der Mensch, die Persönlichkeit, in der Masse vergeht. Und doch blüht in dieser alten Ordnung nur der Individualismus, die ungehemmte Wollust des Ich. Doch Persönlichkeit ist sittliches Streben. Persönlichkeit ist Gemeinschaftsstreben. Da in der Masse schreien Freiheit, Persönlichkeit und Recht.

Der persönliche Mensch hat frohende Fülle. Er hat Masse nötig, der er dient. Er möchte es schreien. Er kann nicht genügend umfassen. Die Welt ist zu eng. Und darum lebt sich im echt persönlichen Kämpfer das Drängen nach Weite in Enthusiasmus aus und in Schwung. Und er möchte sie rütteln, die Massen, und schütteln und ihnen sagen und sagen: Wartet ihr denn nicht, wohin die Menschheit will? Fühlt ihr denn gar nichts von den Weltenergien, die ihr zu tragen berufen? Bebt da denn gar nichts in euch?

Und dann bebt da oft wirklich nichts. Und alles ist vergeblich gewesen. Und einen Augenblick legt sich im kämpfenden Herzen der Sturm und der Drang. Doch nur, um dann wieder um so gewaltiger zu paden.

Nur unpersonliche Menschen sind abseits vom Kämpferwege. Wenn das Herz vom Brausen echt menschlicher Größe voll ist, der hat nur im Massenringen die befreiende Resonanz. Er muß im Gewaltigen seine Seele fühlen und im Umfassenden die sittliche Kraft seines Selbst.

Mensch und Masse sind Eines. Nur in der Massenbewegung schreiet der Mensch zu Hoheit, Fülle, Freiheit und Recht. Dr. Gustav Hoffmann.

Der junge Mann, der Prediger usw.

Von Frank Crane.

Es war einmal ein junger Mann, der 1500 Dollar im Jahr verdiente und dennoch heiratete. In den USA heißt das etwas! Das junge Paar lebte in einer kleinen Wohnung, gab sich mit den bescheidensten Vergnügungen zufrieden, trug billige Kleidung und war glücklich. Die Liebe! Die Frau besorgte die Arbeit des Hauses selbst und der junge Ehemann pflegte auf dem Heimweg aus dem Rontor Schweinsfoteletten einzukaufen. Er rauchte gelegentlich eine Fünf-Cent-Zigarre und noch öfter die Pfeife.

Der junge Mann hatte Erfolg. In zehn Jahren erhöhte sich sein Einkommen auf das Zehnfache. Er verdiente 15 000 Dollar im Jahr, aber das hinderte ihn nicht, in seiner kleinen Wohnung zu bleiben. Auch kleidete sich seine Frau nach wie vor einfach und billig, und die Auslagen der Leutchen wurden nur insofern höher, als auch für drei Kinder zu sorgen war. Im übrigen rauchte der Mann, unbeeinträchtigt durch sein Bankkonto, auch weiterhin die Fünf-Cent-Zigarre und eine Pfeife aus Holz. Erstaunlich, nicht wahr?

Nur ein Grubenpferd!

Grubenpferde sind durch die flotte, maschinelle Förderung unserer rationellen Grubentechnik fast zur Seltenheit geworden. Hier und da findet man wohl noch ein Pferd. Aber nur dort, wo es unbedingt notwendig ist. Das Leben dieser Tiere ist genau so arm und einsamgigsvoll wie das der Bergleute. Die Geschichte eines solchen Pferdes will ich kurz erzählen. Max war ein Pony. In seinen jungen Tagen tummelte er sich mit übermütiger Pferdelauf auf einer großen, vom Blütenschnee der Heckensträucher umrahmten Weide. Zwischen Kühen, Rälbern und lustig zwitschernden Vogelcharen war sein Leben ein heiteres, ungetrübtes Dasein. Mit festen Sprüngen stampfte er wiehernnd seine Hufe in das weiche Gras, warf die windzerwühlte Mähne in den Nacken und galoppierte peitschgeschwind kreuz und quer über die Weide. War er jar, so lag er behaglich im Sonnenlicht, das jodelnd wohlthuende Kraft aus dem blauen unermeßlichen Weltraum sendet. Seine schönen Augen sahen darum aus, als träumten sie von steter Freiheit. Sonntags freute er sich besonders. Dann war seine Mutter bei ihm, die wochentags geduldig ihren Milchkarren zog. Freudig wiehernnd stürzte er ihr entgegen, beschnupperte sie, als wollte er sie küssen, und schob seinen jungen Leib, wie Schutz und Liebe suchend, an den ihren. Eines Sonntags jedoch kam sie nicht mehr. Sie hatte ein Bein gebrochen und mußte geschlachtet werden. Max stampfte unruhig hin und her. Sein Wiehern ertönte klagend und sehnsüchtig in den tarifrigen Morgen, über dem sich die Sonne emporhob. Traurig ließ er den Kopf hängen, als ahnte er das Schicksal seiner Mutter. Die jästige grüne Grasspitze schmeckte ihm nicht mehr. Sein stolzer Kopf hing herab. Langsam, als wäre er sehnsüchtmüde, ließ er immer wieder zum Eingang der Weide. Die Vogelcharen, Kühe und Kälber, die ihm sonst gemüthliche Gesellschaft waren, ließen ihn nun völlig kalt. Allmählich gewöhnte er sich daran, seine Mutter nicht mehr sehen zu dürfen.

So vergingen einige Jahre. Max mußte arbeiten. Getreu und geduldig, wie seine Mutter, zog er den Milchkarren. Sein Traum von Freiheit und Jugendluft war dahin, wie bei einem Menschen, den das Leben in seine Arbeitspflichten spannt. Sonntags war er immer noch auf der Weide. Doch die lustigen Sprünge, das übermütige Wiehern sah und hörte man nicht mehr. Die Arbeit machte ihn müde und stumpfte ihn ab, wie einen Menschen, der täglich schwer arbeitet. Mit solchen Menschen hat man wenig oder gar kein Mitleid. Viel weniger aber mit einem Tier. In das Tier keine Kreatur, welches empfindet und fühlt? In es weniger wertvoll, weil es keine Sprache und Ver-

Es war einmal ein junger Prediger, der den Shakerag-Kreis bereifte und dafür 700 Dollar im Jahr, ein paar Konserven und Kürbisse erhielt. Eines Tages wurde er in die große Kirche einer großen Stadt berufen. Er erhielt für seine Predigten 5000 Dollar im Jahr und legte davon nicht weniger als 4300 beiseite. Er war im Shakerager Kreis mit 700 Dollar im Jahr ausgekommen und bewies nun, daß man auch in der großen Stadt mit 700 Dollar im Jahr leben könne. Seine Familie bekam in der großen Stadt ebenso Kraut und Kartoffeln, wie sie es im Shakerager Kreis bekommen hatte.

Da kann man nur sagen: Respekt!

Es war einmal ein Schauspieler, der seine Laufbahn mit 40 Dollar in der Woche begann. Er lebte von diesen 40 Dollar und kaufte sich dafür auch noch seine Kostime. Sie sahen danach aus. Dieser Schauspieler kam in seinem Beruf hoch und höher, weil er Talent hatte und weil er schön anzusehen war. Er wurde das Idol der Frauen. Sein Gehalt betrug jetzt 1000 Dollar in der Woche. Aber das änderte nichts an seiner Lebensweise. Er dachte nicht daran, einen Diener zu halten, der ihm die Kleider büstete, die Stiefel putzte oder die Koffer packte, wenn er verzeigte. Er gab niemals kleine Soupers zu 100 Dollar pro Kubert. Er blieb vielmehr bei einem gelegentlichen Glas Bier oder einem heißen Whisky — wenn er verköhlt war — und lagerte sich auch niemals Champagner ein. Er ersparte sich jederart nicht weniger als 960 Dollar in der Woche. Er sagte sich nämlich, daß die Zukunft ungewiß und die Sicherheit mehr wert sei als die Hoffnung. Dieser Schauspieler verdient Applaus.

Es gab einmal einen Landadvokaten, der mit seiner kleinen Familie sehr angenehm in einer schönen Gegend lebte. Er ging am Sonntagmorgen in die Kirche, fuhr am Sonntagnachmittag mit Frau und Kind und Regel in seiner atmofischen Kutsche hinter einem braven, antiquarischen Kofz trapp-trapp über Land und las abends Gibbons „Rom“ gemeinsam mit seiner Frau, wann er nicht mit seinen Nachbarn Bridge spielte. Dieser ausgezeichnete Advokat wurde eines Tages Gouverneur. Und nun weigerte er sich, einen pompösen Inaugurationsball zu geben. Er hatte keinen goldberämten Stab von billigen Politikern, die sich Oberst nennen, um sich oder hinter sich. Er lebte vielmehr im allgemeinen genau so weiter, wie er es bisher getan hatte. Er ging in die Kirche, er fuhr mit dem alten Kofz über Land, er las Gibbons „Rom“ oder er spielte Bridge. Ihm schwoll der Kopf nicht an, ihm schwoll nur die Brieftasche. Er stahl kein Geld, er deponierte es lieber feuerficher und zinstragend. Er besorgte die Angelegenheiten der Regierung so gediegen, wie er jede andere Angelegenheit besorgte, die ihm aufgetragen worden war. Schlicht, bieder, gemüthlich.

Dieser Gouverneur hätte im westlichen Europa einen großen Orden bekommen.

Es war einmal ein Student, der seinem Vater das Taschengeld zurückschickte, weil er keine Verwendung dafür finden könne.

Es gab einmal einen Kaiser, der seine Krone ablegte, um Republikaner zu werden. Aber das ist schon lange her.

PS. Ich habe in meinem Leben schon so viel wahre Geschichten erzählt, daß ich hier einmal zur Abwechslung etwas zusammenfasse. Freie Uebertragung von Max Hayek.



Die 10 Beitragswoche
läuft vom 2. bis zum 8. März 1930!
Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Natürliche Düngung?

Zur Beachtung für den Kleingärtner.

Die Exkremente, die Auswurfstoffe der Menschen und der Tiere, mit denen wir unsere Landesprodukte ziehen, bilden den Herd, den Nährboden, aus dem der Kartoffelkrebs, die Blutlaus, die Erdflöhe, die Maul- und Klauenseuche und viele Krankheiten der Menschen hervorgehen; und es hat wenig Wert, mit krebsbesten und krebsanfälligen Kartoffelsorten zu experimentieren, immer wieder neue Erdflöh-Pulver zu erfinden, um immer nur an den Folgen herumzulaborieren, sondern der Ursache müssen wir ins Gesicht sehen und diese beseitigen. Die Ursache dieser Krankheiten in unseren Gemüsegärten und Kartoffelfeldern und in unseren Viehställen, die Ursachen der Kräuflerkrankheiten der Kartoffel, des Kofses und des Brandes beim Getreide, des Fäultes und des Meltaues, und der Herd und der Nährboden für den Colorado-Käfer und die Reblaus, und der Quellpunkt, aus dem die vielen anderen Krankheiten unserer Pflanzen und unserer Stalltiere hervorgehen, sind und bleiben die Misthaufe und die Latrine und die Fäkalien, sind und bleiben diese Auswurfstoffe der Tiere und der Menschen, mit denen wir das Futter für unser Vieh und unsere Landesprodukte ziehen, mit denen wir unsere Nahrung erzeugen. Die Auswurfstoffe der Tiere und Menschen wimmeln von Bakterien und Bazillen, von Krankheitsträgern der gefährlichsten Art, die durch ihre Kleinheit, durch ihre Lebensfähigkeit, durch ihr Eintapelungsvermögen den kurzen Zeitraum zwischen Ausfaat und Ernte unbeschadet überstehen und dann im Pflanzenkörper, im Tierkörper, im Menschenkörper sich aufs neue vermehren und ihr Zerstörungswerk fortsetzen. Rieselfelderwirtschaft ist ein Verbrechen an der Gesundheit der Menschheit, und die Gemüsegärten mit Misthaufen zu befeuern und dahinein Spinat zu säen, der in acht Wochen wieder gegessen wird, oder Salat hineinzupflanzen und Gemüse, was gleichfalls bald wieder zur Nahrung dient, ist gleichfalls ein Verbrechen gegen die Gesundheit unseres Volkstörpers.

Mit den Auswurfstoffen der Tiere und der Menschen dürfen nicht ohne weiteres Lebensmittel erzeugt werden. Diese Auswurfstoffe müssen erst auf den Komposthaufen, müssen erst einen Verwesungs- und Zerkleinerungsprozess durchmachen — es geht nicht anders —, und diese Kompostierung dieser Auswurfstoffe dauert wenigstens ein Jahr, und während dieser Zeit muß der Komposthaufen niemals umgekehrt, der Atmosphäre und dem Sonnenlicht ausgesetzt werden. — Es geht nicht anders.

Unsere heutige Mistwirtschaft ist die größte Mistwirtschaft des ganzen Jahrhunderts. Es muß Schluss damit gemacht werden, koste es was es wolle! Es handelt sich hier um die Gesundheit des ganzen Volkes, und es kann Schluss damit gemacht werden, es brauchen nur einige Landwirte damit anzufangen, dungreies Gemüse und dungfreie Kartoffeln zu ziehen und ihre Wirtschaft unter die Kontrolle einer behördlichen Landwirtschaftskammer zu stellen und dann ihre Erzeugnisse auf den Markt zu bringen. Sie werden nach einem dungreien Gemüse und einer dungfreien Kartoffel einem derartigen Kaufandrang begegnen, daß sie nicht mehr über schlechte Geschäfte zu jammern brauchen. Sie werden einen ungeheuren Absatz finden, und dann wird die Konkurrenz einsehen, und dereinst werden wir nur noch dungfreie Landesprodukte ziehen und viele, viele Krankheiten werden nicht mehr sein.

In der Zwischenzeit, ehe diese glückliche Zeit eintritt, müssen wir das Gemüse und die Kartoffeln alle acht Tage mit rosafarbenem übermanganfaurem Kaliumwasser gießen; dieses desinfiziert, macht das Gemüse wieder gesund und wohlschmeckend und stellt ein Medikament dar in Pflanzenform zur Wiederheilung der Krankheiten, die durch Krankheitsteime aus den Exkrementen in den Pflanzen-, Tier- und Menschenkörper übertragen werden.

(Aus: Fritz Peterseim, „Der neue volkswirtschaftliche Leitfaden“.)

nunft besitzt? Die Natur gab auch dem Tier Empfindung und Gefühl, Schmerz und Freude, Lust und Leid. Wir Menschen wissen es nur zu wenig und befaßen uns nicht damit.

Eines Tages standen neben Max mehrere Männer. Sie beklopften ihn, rissen sein Maul auf, sahen nach den Zähnen und Hufen und zwickten in sein Fell. Max merkte instinktiv, daß man mit ihm etwas vorhatte. Er hörte die menschliche Sprache anders als sonst. Laut, wirt, durcheinander. Menschen-unverständlich bläkte er die Männer an. Dann sah er, wie einer der Männer seinem Herrn in die Hände schlug. Max war verkauft. Ein neues, dunkles, licht- und sonnenloses Dasein war seine Zukunft. Seltsam rauchte der dumpfe Gesang der Maschinen um seine Ohren. Er schrak an, als er zusammen, als er auf dem Zechenplatz stand und der dröhnende, kraftvolle Dampfhammer in der Schmiede mit donnerndem Schall auf die glühenden Eisenblöcke faufte. Das Zischen und Brausen der Dampfrohre, das knirschende Surren in den Seilscheiben prickelte ihm wie Fieber in seinen Nerven. Er bläkte seine roten Nüstern, funkelte wie zorn erfüllt mit seinen Augen und trohnte stampfend mit den Hufen, als man ihn auf den Korb führte. Der Korb fiel hinab. Max war nun der Kamerad der Menschen, die schicksalsgebunden um Leib der Erde ihr Brot verdienen Mensch und Tier, Einheit von Stoff und Blut, verbunden durch Arbeit, Not und Tod.

Max zitterte an seinem ganzen Körper, als er unten ankam. Man band ihm die Stricke von seinen Beinen und führte ihn in den Bau. An den Schienen schrammte er sich das Fell über den Hufen wund. Des öfteren stieß er mit dem Kopf gegen die Kappen, denn die Strecken waren ziemlich niedrig. Dann der Transport im Stapel. Max wurde wieder gebunden und auf den Hintern gesetzt. Es war eine Qual für ihn. Endlich war er im Stall. Max atmete schwer. Die heiße, trockene Luft legte sich beklemmend auf seine Lunge. Er japste wie ein abgekehrter Jagdhund. Der Schweiß glänzte auf seinem glatten Fell. Gierig wühlte er sein Maul in das runde Wasserfaß, um zu saufen. Doch das triibe, schmutzige warme Wasser schmeckte ihm nicht. Er schlug mit den Hufen und wieherte ängstlich. Doch der dunkle Bau verschlang den Schrei eines sonnen- und lichtberaubten Tieres in seinen grauen Felsen. Max blieb einige Tage stehen, ehe er eingesperrt wurde. Er fraß wenig und stillte nur notdürftig seinen Durst mit dem ungewohnten Wasser. Wie aus der Schwemme kommend sah er aus, so schwigte er. Seine Atemzüge gingen kurz, als bekäme er keine Luft. Er ließ seinen Kopf hängen, die Augen hatten einen trüben Glanz. Langsam gewöhnte er sich an die Dunkelheit, die nur durchbrochen wurde, wenn die Kumpels mit den Lampen an ihm

vorüberkamen oder der Stallnecht nach ihm sah. Scheu wich er jeder Liebkosung aus. Wenn er da so stand, die Augen starr auf die Lampe gerichtet, sah es aus, als sehnte er sich nach der blumenbefänten Weide, dem kostbaren Sonnenlichte und den grünen, vogelbedeckten Heden seines Paradieses.

Einige Tage später mußte er Kohlenwagen ziehen. Er schwigte und leuchte, riß sich das Fell wund an Kappen und Stößen. Ein brutaler Pferdehunger schlug ihn noch dazu, wenn er einmal muckte. Die Bahn war gequollen und hatte Gefälle, so daß er stets mit den vollen Wagen im Trab laufen mußte. Selbst die Kennpinne hielt den Lauf der Wagen nicht genügend auf. Max war die erste Zeit immer sehr müde. Lang lag er dann im Stall und träumte von seiner Weide. Allmählich gewöhnte er sich an alle Dinge und das dunkle Dasein. Er wurde vertraut mit seiner Umgebung und auch den Menschen. Dankbar nickte er mit dem Kopfe, wenn irgendein Kumpel ihm ein Stück Brot gab. Das zirpende Lied der Heinchken kam ihm nun vor wie das Lied der Vögel. Nur die Sonne und die weite Weide mit den Heden, dem stahlblauen Himmel darüber, mißte er sehr. Nachts, wenn alles still in den Bauen war, mag er wohl von dieser Schönheit geträumt haben, denn er sah uns öfter so träumerisch aus, wenn wir des Morgens an ihm vorbeikamen.

Die Tage kamen und gingen. Max wußte nichts von ihnen. Kohlen, Kohlen, immer wieder Kohlen fuhr er. Er war wertvoll geworden. Ein Rad, ein Hebel im Produktionsprozess. Wertvoller wie mancher Mensch. Sein Aussehen war nicht schlecht, aber die Spuren dieser schweren Arbeit zeigten sich auch bei ihm. Sein Fell war nicht so schön wie früher. Die Mähne kohlenbestaubt. Sein Gang schwer und geduckt, wie der der Bergleute. Doch was fragte die fiebernde Nacht nach Geld in unserem Zeitalter, nach Körperlichkeit, Gesundheit des arbeitenden Menschen, des Tieres? Mensch und Tier sind durch unerfährliche Habgier des Kapitals zu Sklaven der Maschinen, des Produktionsprozesses geworden, die in ihren Räderwerken wie ein Vampir Gesundheit und Schönheit verschlingen.

Wie so mancher Mensch dort unten sein Leben läßt, zerstückelt, zerrißen in Schmerzzerwühlten Qualen, ungeachtet von den Reichen und Besitzenden, täglich sein Heldentum beweisend und, mit schauerlichen Gefahren unweben, dem Tod in die Krallen fällt, so fiel auch Max, das Grubenpferd, in dessen Krallen. Bei einem Zug Kohlen lösten sich die Kennpinne. Die Wagen rollten mit Wucht über den stolpernden Max und brachen ihm die Knochen. Er sah die Weide mit den Heden, das Sonnenlicht nicht wieder. Zerbrochene Glieder war der Lohn seiner Arbeit. Es war ja nur ein Grubenpferd! Walter Geyer.

Wir und die andern.

Nachstehende Ausführungen, die vielleicht etwas einseitig klingen, sendet uns ein Mitglied. Grundtätlich sieht der Einsender richtig, weshalb wir gern seiner Bitte um Abdruck Folge geben. Die Redaktion.

Nachdem der Krieg beendet war und die Wogen recht hoch gingen, verkrochen sich die kapitalistischen Machthaber ins Maulloch, beobachteten aber die tobenden Massen und nahmen eine abwartende Stellung ein.

Notgedrungen machten sie später den tobenden Arbeitern Zugeständnisse. Wenn sie früher von Tarifverhandlungen im Bergbau nichts wissen wollten, so geben sie jetzt nach und lassen sich mit den Gewerkschaften in Verhandlungen ein. Es wurden für die Arbeiter und Beamten Tarife im Bergbau abgeschlossen.

Die Beamten im Bergbau, die früher jedes Opfer für die Organisation scheuten, bauten auf dem Rücken der tobenden Masse ihre Organisationen auf. Sie selbst gebärdeten sich nach außen hin recht radikal. Sie bildeten oft den treibenden Keil für die Arbeitsminderlegungen. Wenn es irgendeinem Beamten, der eine Dummheit gemacht hatte, an den Krügen ging, so hatten seine Kollegen zwar selbst nicht den Mut, für ihn einzutreten, um so mehr machten sie den noch mit der Autoritätsduselei behafteten Arbeiter für ihre Ziele mobil. Während die Arbeiter für sie streikten und Lohnausfall erlitten, standen die Beamten den Verwaltungen gegenüber als die unschuldigen Lämmer und bekamen ihr Gehalt weiter. Sie standen vorübergehend mit dem Rumpel in einem kollegialen Verhältnis, lobten sein forsches Vorgehen, unterstützten ihn auch heimlich durch radikale Redensarten. Es war kaum einer von den Beamten, vom Fahrsteiger abwärts, der nicht gewerkschaftlich oder politisch bei den linksstehenden Organisationen organisiert war. Sie hielten sich mit den Betriebsratsmitgliedern gut, soweit dieselben sich ihrem Einfluß unterordnen. Wenn es aber vorfam, daß ein gewerkschaftlich geschullter Betriebsrat die Belegschaft den Beamten zuliebe nicht ins Feuer jagen wollte, so jagte man ihn heimlich den Kampf an. Wie das Betriebsratsmitglied Sch. von mehreren Seiten bekämpft wurde, zeigt folgender Vorfall: Steiger S. kam zu den Arbeitern in der Grube vor die Betriebspunkte. Nachdem das Geschäftliche erledigt war, warf er die Frage auf: „Was meint Ihr von dem Betriebsrat Sch.“ Und nach einer Pause sagte er weiter: „Ich glaube, der Meterstock ist schon für ihn fertig.“ Er ging weiter und wiederholte vor anderen Betriebspunkten dasselbe. Die Rumpels horchten auf und dachten sich: „Da stimmt etwas nicht, der Steiger weiß mehr. Soll uns der Kerl verraten?“ Sie unterhielten sich mehrere Schichten hindurch nur über den Betriebsrat Sch., bis sich schließlich der Verdacht in den erhitzten Hirnen zur Ueberzeugung verdichtete. Das Mißtrauen gegen den alten Gewerkschafter war da. Es war aber keiner von den Kameraden vorhanden, der so ehrlich war und dem Betriebsratsmitglied Sch. die Verdächtigungen mitteilte. Man wollte ihn auf frischer Tat ertappen.

Der Steiger hat seinen Zweck erfüllt; er wich jeder Frage aus. Dadurch war der Verdacht noch größer geworden. Die radikalen Elemente besorgten das weitere. Erst nach einem Jahre wurde das Betriebsratsmitglied Sch. von einigen Bergleuten aus dem Revier des Steigers S. über dessen unsauberes Verhalten aufgeklärt.

Wenn die Bergarbeiter durch die tarifliche Regelung eine kleine Lohnhöhung und ein besseres Lohnsystem bekommen, so haben die Beamten in weit höherem Maße ihre Gehälter aufgebessert erhalten, denn diesen gegenüber waren die Grubenkapitalisten immer nachgiebiger.

Wie haben die Grubenbeamten den Bergarbeiter getäuscht, ihn, dem sie die jetzigen Gehälter verdanken! Wie aber wird der Bergarbeiter jetzt von ihnen behandelt? Sie behandeln ihn rücksichtslos. Wehe, wenn er auch nur einmal eine Minderleistung macht! Erleidet er schweren Unfall und fängt nach Beendigung der zehntägigen Krankheitszeit wieder an zu arbeiten, so kann ihn der Steiger nicht gebrauchen. Wegen Minderleistung wird er zum Betriebsführer geschickt und dieser entläßt ihn. Er liegt jetzt auf der Straße und kann zusehen, wo er bleibt. Mit seiner Unfallrente von 30 Prozent kann er nicht existieren.

Während man dem Arbeiter predigte: „Wir müssen jetzt mehr arbeiten, wir haben den Krieg verloren, die Löhne sind zu hoch, es müssen Opfer gebracht werden“, erhöhte man die Gehälter der Reichsbeamten und damit auch ihre Pensionsverhältnisse. Nach dieser reichsgesetzlichen Beamtenbefolgung richteten sich die Kommunen, die Versicherungszeuige, alle anderen öffentlichen und privaten Anstalten mit ihren Befolgungen.

Das ist ein unhaltbarer Zustand und kann auf die Dauer nicht erhalten bleiben. Ein Saad, der nur Opfer von der Arbeiterklasse fordert, den anderen Klassen aber ein sehr gutes Dasein sichert, ist nicht existenzberechtigt.

Wenn die bürgerlichen Parteien, soweit sie die heutige Staatseinrichtung verwerten und die frühere erstreben, diesen Zustand verschuldeten, so ist es zu verstehen. Aufgabe der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist es aber, mit Hilfe der demokratisch gesinnten Parteien diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Die hohen Gehälter und Pensionen müssen abgebaut werden. Es ist ein ungefunder Zustand, wenn 50 Prozent der Bevölkerung vor Hunger die Wände hinaufklettern, die übrigen aber in Saug und Beraus leben.

Wie würde der Bergarbeiter staunen und mit welcher Ehrfurcht würde er am Rathaus vorbeigehen, wenn er innen die „Löhne“ der dortigen Beamten kennen würde. Er würde aber auch zu der Ueberzeugung kommen, daß Klassengegensätze zwischen ihm und einem Bürodirektor bestehen.

Man spricht soviel von Kapitalbildung. Dieses Wort ist schon sehr geläufig, aber leider vom Arbeiter noch zu wenig beachtet und verstanden. Man will dem Arbeiter den Lohn reduzieren, den reduzierten Betrag für sich behalten und dadurch Kapital bilden. Da von Kapitalbildung bei den Arbeitern nicht mehr geredet werden kann, weil man sie schon im Interesse der Wirtschaft leben lassen muß, so erlaube ich mir, der Wirtschaft einen Vorschlag zu machen. Ich schlage vor, vom Betriebsführer bis zum Generaldirektor die Gehälter einfach zu kürzen und auf diese Weise Kapital zu bilden. Dem Staate aber ist zu raten, die Gehälter ab acht Gehaltsgruppe abzubauen und dadurch die Kapitalbildung zugunsten der Erwerbslosen und Bedürftigen zu verwenden.

Dem Beamten hat man materielle Vorteile gegeben, den Arbeiter dagegen macht man auf die Vorteile der jetzigen Reichsverfassung aufmerksam. Aber von diesen Vorteilen, die auf dem Papier stehen, wird der Arbeiter nicht satt. Auch wird er keine Arbeit finden, wenn auch die Reichsverfassung auf dem Papier ihm diese garantiert.

Der Arbeiter hat es satt, eine Gemeinschaft mit der ihn beherrschenden Beamtschaft in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht zu pflegen, denn die Vergangenheit hat ihn ge-

lehrt und er beobachtet heute, daß er mit diesem Stand nichts Gemeinschaftliches hat. Der Beamte hat das Interesse, aus dem Arbeiter das Allerbeste herauszuholen, und derjenige, der es am besten versteht, steigt in Beförderung und Ansehen. Es ist dabei Tatsache und muß ausgesprochen werden, daß es keinen Unterschied gibt zwischen dem sozialdemokratisch gesinnten und dem bürgerlich-kapitalistisch denkenden Beamten. Ein mit Fanatismus behafteter Beamter in höherer Stellung ist dabei noch für das Allgemeinwohl gefährlich.

Den Beamtenabbau schützt der Artikel 129 der Reichsverfassung. Bei dem Abbau der Privatbeamten wird ein Abfertigungsgeld verlangt. Die Höhe des Abfertigungsgeldes soll nach der Dauer des im Betrieb oder Unternehmung Beschäftigten richten. Da die Beamten im Reichsbergbau alle Parteien für sich haben, werden sie ihre Anträge auch verwirklicht erhalten. Uns Arbeiter läßt man vom Arbeitsamt ärztlich untersuchen, wenn wir mit unseren ausgemergelten Knochen nach 30- oder 35jähriger Arbeit wegen Minderleistung entlassen werden. Von dieser Untersuchung hängt eine Aufnahme bei der Erwerbslosenfürsorge ab.

Wie ist das Pensionsverhältnis der Beamten und Arbeiter? Die Grubenbeamten bekommen eine höhere Pension, als sie in Friedenszeit an Gehalt erhielten. Wenn auch die Pensionsverhältnisse der Arbeiter sich gebessert haben, so bekommt der Reviersteiger bereits das Dreifache an monatlicher Rente, wie der Arbeiter mit denselben Dienstjahren. Mit 50 Prozent Berufsunfähigkeit erhält der Beamte aus der Angestelltenversiche-

ring eine Rente. Der Arbeiter bekommt die reichsgesetzliche Invalidenrente erst mit 66½ Prozent Arbeitsunfähigkeit.

So sehen die Unterschiede in der Gesetzgebung aus! Immer hat die Volkvertretung für die Beamten ein warmes Herz. Die Bevölkerung eines Landes kann nur das verzehren, was sie an Werten geschaffen hat. Wenn aber ein Teil dieser Werte dem Auslande als Kriegsschadung gezahlt werden muß, den größten Teil der Werte die Inhaber der Produktionsmittel für sich behalten, so bleibt nur der Rest übrig. Mit diesem Rest wird erst der Beamte und Angestellte bedacht. Wenn dann was übrig bleibt, erhält es der Arbeiter.

Aus diesem Grunde ist es dem Arbeiter nicht gleich, wie die durch Arbeit erzeugten Werte verteilt werden. Es ist daher Pflicht jedes denkenden Arbeiters, diese ungerechte Verteilung einer Kritik zu unterziehen und Abhilfe zu verlangen. Da der einzelne aber machtlos einem solchen Geschehen gegenübersteht und nur eine organisierte, in sich geschlossene Arbeiterschaft eine solche Ungerechtigkeit abschaffen kann, so ist es erforderlich, daß die Arbeiterschaft sich reiflos gewerkschaftlich und politisch organisiert. Ganz besonders der Bergarbeiter muß eine starke Organisation haben, da die Inhaber der Produktionsmittel im Bergbau durch ihre ungerechte Verteilung der durch die Arbeit geschaffenen Werte tonangebend sind. Diesem Uebel soll der Bergarbeiter durch eine starke Organisation entgegenreten. Daher ist es Pflicht jedes organisierten Bergarbeiters, Mitglieder zu werden, den Verband der Bergbauindustriearbeiter zu stärken und so sich seinen Anteil an den erzeugten Werten zu sichern.

Das Bergarbeitsgesetz.

Die Fernhaltung untauglicher Arbeiter im Grubenbetrieb will der § 15 dadurch regeln, daß er der Bergbehörde das Recht überträgt, im Wege der Verordnung die ärztliche Untersuchung vor der Anlegung des Arbeiters vorzuschreiben. Die Kosten der Untersuchung sollen je zur Hälfte die Reichsknappschicht und die Knappschichtberufsgenossenschaft tragen. Dadurch, daß die einzelnen Bergbehörden ein solches Verordnungsrecht erhalten sollten, bestand die Gefahr, daß in dieser Angelegenheit nicht einheitlich in allen Bergbaurevieren verfahren würde. Wenn aber schon aus sicherheitspolizeilichen Gründen eine ärztliche Untersuchung vor der Anlegung notwendig erscheint, dann ist dies nicht nur für ein Revier, sondern für den gesamten Bergbau unter Tage gegeben. Es müßte also dann eine Verordnung für den gesamten Bergbau gegeben werden können. Aus diesen Erwägungen heraus stellten die Arbeitnehmervertreter im Sozialpolitischen Ausschuß den Antrag, das Verordnungsrecht den Bergbehörden, sondern dem Reichsarbeitsminister zu übertragen. Der Ausschuß schloß sich mit Stimmenmehrheit dieser Auffassung an. Ein anderer Antrag von derselben Seite, der die Kosten der ärztlichen Untersuchung den Arbeitgebern auferlegen wollte, wurde abgelehnt.

Bei der Erörterung über die Maßnahmen bei dringender, unmittelbarer Gefahr hielt der Ausschuß es für notwendig, den technischen Aufsichtsbeamten der Bergbehörde ein Anordnungsrecht zu geben. Der Beschluß hierzu hat folgenden Wortlaut:

„Stellen die technischen Aufsichtsbeamten der Bergbehörde eine dringende örtliche Gefahr für Leben oder Gesundheit der Arbeiter fest, so haben sie die zu ihrer Beseitigung erforderlichen Maßnahmen anzuordnen. Sie sind verpflichtet, dem Bergrevierbeamten über das Veranlaßte unverzüglich Anzeige zu erstatten, der über die Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßnahmen entscheidet.“

Im Absatz 3 des § 19 — Verfahren bei Unglücksfällen — ist ein Länderauschuß vorgesehen, welcher gehört werden soll für die nach diesem Gesetz notwendigen Richtlinien des Bergarbeitsgesetzes. Erforderlich wäre es unseres Erachtens, diejenigen Stellen vor dem Erlaß solcher Richtlinien zu hören, welche sich mit den Berufsgesunden des Bergbaues und den notwendigen Schutzmaßnahmen täglich befassen müssen. Das sind unter allen Umständen die dem Bergbau angehörenden und darin tätigen Kreise. Die Arbeitnehmervertreter beantragten hierzu, statt des Länderausschusses einen Ausschuß aus Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber zu setzen. Der Antrag fand aber nicht die Mehrheit des Ausschusses.

Arbeitszeit unter Tage.

Die Dauer der Arbeitszeit im Bergbau unter Tage fand eine eingehende Beratung. Zur Zeit beträgt die Schichtzeit im allgemeinen 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann. Es ist aber bekanntlich der Wunsch der gesamten Bergarbeiterschaft, wieder zu der Schichtzeit zu gelangen, wie sie bereits durch Gesetz vom 17. Juli 1922 für den Steinkohlenbergbau im Deutschen Reich festgesetzt war. Bekanntlich betrug dieselbe nach diesem Gesetz 7 Stunden. Dieses Gesetz ist durch die Arbeitszeiterordnung vom 21. Dezember 1923 aufgehoben worden. Bei den Verhandlungen über die Mehrarbeitsabkommen vom Ende des Jahres 1923 und Anfang 1924 ist ausdrücklich in den Verträgen schriftlich niedergelegt worden, daß der Übergang von der sieben- zur achtschichtigen Schichtzeit unter Tage nur vorübergehend sei und den Zweck habe, die Vorkriegsleistung für den einzelnen Mann wieder zu erreichen. Diese Leistung ist aber nicht nur in allen Bergbaurevieren längst erreicht, sondern ganz erheblich überzürhritten. Die Arbeitnehmervertreter im Ausschuß konnten deshalb unter zuter Begründung eine weitergehende Verkürzung der Schichtzeit verlangen, als die im Entwurf vorgesehene. Beträgt doch der Schichtförderkopffanteil im Ruhrrevier 137 Prozent im November 1929 gegenüber 1913. Diefelbe Envidmildung liegt nachweisbar in allen anderen Bergbaurevieren vor. Es entspricht aber der alten Einstellung der Arbeitgeber im Bergbau, daß sie sich gegen jede Verkürzung der Schichtzeit wenden, wie es auch diesmal wiederum geschah. Sie wollten unter allen Umständen die bisherige Schichtzeit beibehalten und nicht die geringste Verkürzung geben. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet nach ihrer Auffassung eine Erhöhung der Arbeits- und Selbstkosten. Es ist aber ein leichtes, den Nachweis dafür zu erbringen, daß trotz der gestiegenen Löhne in den letzten Jahren und bei gleichbleibenden örtlichen Preisen der Lohnanteil je Tonne sich nicht erhöht, sondern gesenkt hat.

Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier betragen die Lohnkosten im Jahre 1927 je Tonne 7,10 M., 1928: 7,21 M. und in den Monaten Mai und Juni 1929: 7,02 M. Diese Verminderung der Lohnkosten läßt sich auch in den anderen Revieren feststellen. Verwiesen wurde von Arbeitgeberseite auch auf die Konkurrenz der englischen Kohle, wobei zugegeben werden kann, daß die geologischen Verhältnisse für den Bergbau dort günstiger sind. Aber es kann auch nicht bestritten werden, daß der deutsche Bergbau, insbesondere an der Ruhr, weit bessere Kohlenorten hat. Hinzu kommt, daß die Unfall- und Erkrankungszahlen für den Bergbau außerordentlich hoch sind und erheblich über die Zahlen fast aller anderen Berufe hinaus-

gehen. Der Krankenbestand bei der Reichsknappschichtversicherung betrug beispielsweise im Jahre 1927: 7,19 Prozent gegenüber 4,18 Prozent bei den Ortskrankenkassen, 3,13 Prozent bei den Landfrankenkassen, 4,58 Prozent bei den Betriebskrankenkassen und 4,07 Prozent bei den Innungskrankenkassen.

Die Anträge der Arbeitgeber wurden vom Ausschuß abgelehnt, desgleichen aber auch die Anträge der Arbeitnehmer. Es bleibt demnach der Regierungseurwurf bestehen, der zwar grundsätzlich die Schichtzeit auf 7½ Stunden festsetzt, aber im Absatz 3 die Möglichkeit schafft, daß der Reichsarbeitsminister durch Verordnung für einzelne Bergbaubezirke oder Bergbauarten die Schichtzeit um eine halbe Stunde verlängert.

Der § 24 behandelt eine andere Verteilung der Arbeitszeit, als sie die im § 23 vorgesehene tägliche Schichtzeit bestimmt. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, an einigen Tagen in der Woche eine längere Schichtzeit zuzulassen, wenn dafür regelmäßig an einem anderen Tage der Woche kürzer gearbeitet wird. Der Paragraph ist im wesentlichen unverändert geblieben, bis auf Ziffer 3, welche gestrichen worden ist, da sie für den Bergbau nicht in Frage kommt. In Ziffer 4 wurde durch Mehrheitsbeschluß eine Änderung eingefügt dahingehend, daß auch das Nachholen von solchen Schichten möglich ist, die der Arbeiter durch einen in seiner Person liegenden Grund veräumt hat.

Bei den Vorschriften über Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten handelt es sich um eine tägliche Verlängerung der Schichtzeit für bestimmte Arbeiten. Der Entwurf zählt eine Anzahl von Arbeiten auf, welche nicht darunter gehören. Es wurde deshalb für zweckmäßig erachtet, dem § 25 eine andere Fassung zu geben, und zwar folgende:

„Ueber die regelmäßige Schichtzeit des § 23 hinaus dürfen einzelne Arbeitnehmer unter Tage mit folgenden Arbeiten beschäftigt werden:

1. mit Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebes arbeitstechnisch oder aus Gründen der Sicherheit abhängt,
2. mit Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung von Maschinen und anderen Betriebsrichtungen, durch die der regelmäßige Fortgang des Betriebes bedingt ist.“

Die Arbeitnehmer haben sich sowohl gegen die Fassung des Entwurfs, als auch gegen den vorstehenden Wortlaut gewandt. Es besteht die Möglichkeit, auf Grund der jetzt vorgeschlagenen Fassung ganze Betriebsabteilungen, wie die Schüttelrutschenbetriebe, gelegentlich unter Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten zu bringen. Es kann aber unmöglich zugegeben werden, reine Produktionsstätten mit den darin beschäftigten Arbeitern zu zwingen, länger als die regelmäßige tägliche Arbeitszeit zu arbeiten. Das geht auch aus der Begründung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf hervor und war somit auch nicht die Auffassung des Gesetzgebers.

Die Verlängerung der Schichtzeit in solchen Fällen darf eine Stunde täglich nicht überschreiten.

Der § 26 behandelt die zulässige Mehrarbeit und läßt Mehrarbeitsstunden bis zu 300 in einem Jahre zu. Die ersten 60 Ueberstunden sollen nach dem Entwurf durch Anordnung der Arbeitgeber geleistet werden, wobei die Freiwilligkeit des einzelnen Arbeiters wie bisher bestehen bleibt. Weitere 180 Mehrarbeitsstunden sollen durch Tarifvertrag möglich sein, wobei jedoch infolge Mangels eines solchen die Bergbehörde die Entscheidung darüber hat. Die letzten 60 Stunden kann nach Absatz 5 des Entwurfs der Reichsarbeitsminister auf eine bestimmte Zeit zulassen für einzelne Bezirke oder Arten des Bergbaues. Es war selbstverständlich, daß sich die Arbeitnehmervertreter gegen diese unverständliche und auch gar nicht erforderliche große Anzahl von Mehrarbeitsstunden wandten. Sie waren bereit, 60 Mehrarbeitsstunden in einem Jahre zuzulassen, diese aber nur durch Tarifvertrag festzusetzen. Bei der besonderen Lage des Kohlenmarktes dürfte diese Anzahl der Stunden ganz gewiß auch den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen. Dennoch kam der Sozialpolitische Ausschuß zu dem Beschluß, es bei den im Entwurf vorgeschlagenen 300 Ueberstunden zu belassen und zur Leistung der ersten 60 Ueberstunden das Anordnungsrecht unter Anhörung der Betriebsvertretung den Zechenverwaltungen zu geben.

Ueber die regelmäßige tägliche Schichtzeit hinaus können einzelne Arbeiter länger beschäftigt werden in besonderen Notfällen, wenn Sachen oder Menschen bedroht oder gefährdet sind oder wenn es sich um Arbeiten handelt, die während des regelmäßigen Ganges des Betriebes nicht ohne ernstliche Störung ausgeführt werden können. Gegen die Stimmen der Arbeitnehmer kam folgender Beschluß zum § 27 zustande:

„Ueber die sonst zulässige Schichtzeit hinaus dürfen Arbeitnehmer ausnahmsweise an einzelnen Tagen unter Tage beschäftigt werden:

1. mit unaufschiebbaren Arbeiten an Maschinen und anderen Einrichtungen des Untertagebetriebes, wenn sich die Arbeit während des regelmäßigen Ganges des Betriebes nicht ohne ernstliche Störung oder Unterbrechung ausführen läßt,
2. mit unaufschiebbaren Arbeiten in anderen Notfällen und außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen des Betroffenen eintreten.“

Zu den Vorschriften im § 28: „Ununterbrochene Arbeiten im Bergbau unter Tage“ wurde allgemein anerkannt, daß es solche

Zu den Betriebsrätewahlen alle Mann an Deck!

Jeder muß sich zur Verfügung stellen, um dem Verband den Sieg zu sichern. Bekämpft die Arbeiter- und Gewerkschaftsfeinde. Stellt die kommunistischen Geschäftemacher bloß, denen es nur um das Pöstchen geht und nicht um die Arbeiterrechte. Nur ein starker Verband kann die Betriebsräte in ihrer Arbeit stützen. Der Sieg des Verbandes ist darum euer eigener Sieg!

Arbeitsgebiete unter Tage im allgemeinen nicht gibt. In Betracht kommen könnten höchstens einzelne Wasserhaltungsmaßnahmen auf solchen Gruben, auf denen ein außerordentlich starker Wasserzufluß vorhanden ist. Die Arbeitnehmerseite beantragte deshalb die Streichung dieses Paragraphen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Beschäftigung von Arbeitern an Betriebspunkten mit erhöhten Temperaturen ist bisher durch die einzelnen Landesgesetze geregelt. Das Preussische Berggesetz bestimmt zum Beispiel, daß die Beschäftigung des Arbeiters vor Ort bei einer Temperatur von über 28 Grad Celsius täglich 6 Stunden nicht überschreiten darf. Zu dieser Arbeitszeit kam bisher dann für den einzelnen Arbeiter noch der Weg in der Grube und die Ein- und Ausfahrt. Der Entwurf will nunmehr nicht, wie bisher, die Arbeitszeit vor Ort festsetzen, sondern die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt. Dasselbe soll betragen 6 1/2 Stunden. Von Arbeitnehmerseite wurde verlangt, daß eine weitere Verkürzung der Schichtzeit festgesetzt würde, wenn die Temperatur über 32 Grad Celsius übersteige, und daß bei einer Temperatur von über 35 Grad Celsius eventuell ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen werden könne. Desgleichen wurde es von diesen für notwendig erachtet, daß bei einem bestimmten, noch festzusetzenden Feuchtigkeitsgehalt der Luft die Verkürzung der Schichtzeit schon früher einsetzen müsse, als bei einem Wärme-grad von 28 Grad Celsius. Daß die Betätigung in warmer, feuchter Luft gesundheitsgefährlicher ist als in warmer, trockener Luft, bedarf keines weiteren Beweises. Eine ganze Anzahl von ärztlichen Autoritäten hat sich gerade in den letzten Jahren eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Die Arbeitgebervertreter vertraten die Auffassung, daß beim Vorhandensein trockener Luft, wie sie im Kali- und Salzbergbau in Erscheinung trete, die verkürzte Schichtzeit nicht bei 28 Grad, sondern bei 30 Grad einsetzen müsse. Alle hierzu gestellten Anträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber wurden abgelehnt.

Der Reichswirtschaftsrat hat einem Antrage der Arbeitnehmer keine Zustimmung gegeben, nach der für die Arbeiter über Tage, soweit diese an der Förderung beschäftigt werden, dieselbe Schichtzeit in dem Gesetz festgelegt werden soll, die auch die unter Tage beschäftigten Arbeiter haben. Damit ist nur die bestehende Praxis gesetzlich anerkannt worden. Diese Arbeitergruppen halten nämlich bis jetzt schon dieselbe Schichtzeit wie die unter Tage Tätigen.

Ferner hat der Ausschuß einem Antrage der Arbeitgeber keine Zustimmung gegeben, nach welchem für die über Tage beschäftigten Arbeiter eine Bestimmung im Entwurf aufgenommen werden soll, die die Möglichkeit gibt, statt des Verfahrens von Ueberstunden U e b e r s c h i e n z zuzulassen.

Eine Beschäftigung weiblicher Arbeiter im Bergbau unter Tage besteht schon seit langen Jahren innerhalb des deutschen Bergbaues nicht. Aber auch über Tage wurden bisher weibliche Arbeiter nur in geringem Ausmaß und nur für besondere Arbeiten verwendet. Vom gesundheitlichen und hygienischen Gesichtspunkt aus ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Bergbau ganz gewiß nicht zu fördern, im Gegenteil, sie müßte, wie das der Entwurf auch vorsieht, noch weit mehr eingeschränkt werden. Der Entwurf will nun eine weitere Beschränkung vorschreiben, läßt aber für eine Anzahl von besonderen Arbeiten wiederum Ausnahmen zu. Die Entscheidung darüber soll die Bergbehörde haben. Seitens der Arbeitnehmervertreter wurde, wie das aus dem Bericht hervorgeht, die Auffassung vertreten, daß weibliche Arbeiter im Bergbau über Tage nur mit Puh- und Wartearbeiten beschäftigt werden sollten. Ein hierzu von ihnen gestellter Antrag fand leider nicht die Mehrheit des Ausschusses. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Arbeitgeber, der die Beschäftigung von Frauen beim Stapeln und Verladen von Bricketts zulassen wollte.

Übernahme der Beamtenbank

Durch die Deutsche Bank und die Distonto-Gesellschaft.

Nach einer Mitteilung der „Berliner Morgenpost“ haben Deutsche Bank und Distonto-Gesellschaft die Sanierung der neuen Beamten-Zentralbank nunmehr vorgenommen, nachdem die Verhandlungen mit der Preußenbank anscheinend zu keinem Ergebnis geführt haben. Von der Deutschen Bank und Distonto-Gesellschaft wird für sämtliche Einlagen der Beamten-Zentralbank angeblich die volle und unwiderrufliche Garantie übernommen. Die beiden Banken entsenden dafür zwei Vertreter in den Aufsichtsrat der Beamten-Zentralbank. Die Beamten-Zentralbank selbst soll mit einem Aktienkapital von 500 000 M. eine Umgründung auf gemeinnütziger Grundlage erfahren.

Was die D-Banken beabsichtigen, scheinen sie erreicht zu haben: einmal die eingehende Kontrolle über die Einlagen und Sparbestände der Beamtenbank und weiter das Mitbestimmungsrecht bei der Anlage der Beamtenparpennige. Daß man dabei nur Anlagemöglichkeiten im Interesse der D-Banken fördern wird, erscheint selbstverständlich.

Erhebend ist dieser Vorgang für die hinter der Beamtenbank stehenden Beamtengruppe bestimmt nicht. Bewiesen wird höchstens damit erneut, daß gerade diese Beamtengruppe, die in ihrer Dünkelhaftigkeit an jeder Maßnahme der freien Arbeiter- und Beamtenebewegung herumtritt, noch nicht einmal so weit ist, ihr eigenes Geld selbst verwalten zu können, sondern daß man dazu immer noch die eigenen Arbeitgeber braucht. Wie oft haben wir erlebt, daß Beamten die von der freien Arbeiter- und Beamtenebewegung geförderten Sozialversicherungseinrichtungen ablehnen unter Hinweis darauf, daß es besser sei, diese Beiträge zu sparen und sie selbst zu verwalten, um sie im Bedarfsfalle ohne Mitbestimmungsrecht der Sozialversicherungsinstitute verwenden zu können. Die dauernden Zusammenbrüche von Beamtenbanken und die mitunter an Tapfzigkeit grenzende Geschäftsführung dieser Banken zeigt, daß es an diesen Absichten, verbunden mit großen Worten, nicht fehlt, leider aber nicht so weit reicht, um ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen. Das Bedauerliche bei der ganzen Geschichte ist nur, daß wahrscheinlich ein Haufen von armen Leuten einen Teil seiner Spargroschen verliert oder aber, um davon überhaupt etwas wiederzubekommen, gezwungen ist, in die Arme des angeblich alleinigmachenden Privatkapitals zurückzukehren. Hoffentlich tragen diese Vorgänge dazu bei, einem Teil der Beamten der freien Beamtenebewegung stehenden Beamten zu zeigen, daß das Heil und der Fortschritt der Beamtenschaft nicht in der Zerstückelung, sondern in einem starken Zusammen-

Arztstreik in der Hessisch-Thüringischen Knappschaft.

Am 9. Februar besaßen sich die von den Ärzten in Kassel-Stadt und -Land bestellten Knappschaftsmitglieder mit dem Arztstreik gegen die Knappschaft, wobei sich die bewußt geschulte Verfassung über die infolge des Arztstreiks eingetretenen unangenehmen Wirkungen für die Knappschaftsmitglieder und ihre Familienangehörigen Luft machte, deren Ursachen man nicht kannte und auch nicht kennen konnte. Ähnlich wie in Thüringhausen und anderwärts waren auch in Hoof, Breitenbach, Eigershausen und Umgegend die Knappschaftsmitglieder aufgeputzt worden mit Behauptungen wie: die Arztbezahlung der Knappschaft sei so minimal, daß es sich kaum lohne, dafür zu arbeiten, die Knappschaft unterbringe den Ärzten die Verordnung von guten Arzneien und Heilmitteln, der neu angestellte Arzt in Thüringhausen sei teurer als die bisherige Bezahlung usw. Man hat aber veräuñt, hinzuzufügen, daß heute schon 22 Prozent der Gesamtausgaben in der Krankenversicherung der Hessisch-Thüringischen Knappschaft allein auf Arztkosten entfallen, daß die Verordnungsprüfung durch einen aus Ärzten bestehenden Verordnungsprüfungsausschuß erfolgt, der auch gegebenenfalls die zu verhängenden Strafen festsetzt, und daß die Ärzte von Kassel-Stadt und -Land es abgelehnt haben, dem jetzigen Arztvertrag beizutreten, wonach 95 Prozent der Knappschaftsmitglieder bezahlt werden, nur weil darin die rein individuellen grundsätzlichen Forderungen des Leipziger Arztverbandes (unbeschränkt freie Arztwahl, Bezahlung nach Einzelleistungen, Zulassung aller Ärzte zur kassenärztlichen Praxis) nicht verwirklicht sind, so daß die Knappschaft wohl oder übel zur Einstellung eines Arztes in Thüringhausen gezwungen war. Ebensovienig hat man gesagt, daß die unbeschränkt freie Arztwahl untrennbar von der Bezahlung nach Einzelleistungen ist und die Arztkosten sich danach verdoppeln und verdreifachen würden, so daß im gleichen Verhältnis entweder eine Erhöhung der Beiträge oder eine Herabsetzung der Leistungen erfolgen müßte und die Zulassung aller Ärzte zur kassenärztlichen Praxis die Ärzte völlig abhängig machen würde von der Gunst und Zahl ihrer Patienten, was weder für die Ärzte und den Bestand der Sozialversicherung, noch für die soziale Entwicklung erträglich wäre.

Die Bezahlung nach Einzelleistungen gibt den Ärzten die Möglichkeit, ziemlich unkontrolliert liquidieren zu können, was ihnen beliebt. Selbst dem Privatpatienten ist es nicht immer möglich, die Arztrechnungen genau in ihren Einzelheiten zu prüfen. Was aber den Privatpatienten oft genug nur schwer möglich ist, ist dem Versicherungsträger selbstverständlich völlig unmöglich, selbst wenn der Kontroll- und Verwaltungsapparat unendlich vergrößert und damit auch im gleichen Verhältnis kompliziert und verteuert würde. Hinter ihren Privatpatienten müssen die Ärzte gegebenenfalls den Gerichtsvollzieher selbst herbeiführen, was sicher nicht zu den besonderen Annehmlichkeiten gehört, und sich trotzdem noch einen erheblichen Teil ihrer Forderungen in den Schornstein schreiben. Dieses mit der Bezahlung nach Einzelleistungen bei Privatpatienten verbundene Risiko fällt bei den Versicherungsträgern fort. Auch aus diesem Grunde kann man ihnen nicht zumuten, nach Einzelleistungen zu bezahlen, deren genaue Kontrolle schlechterdings unmöglich ist. Bei einer Bezahlung nach Einzelleistungen durch die Versicherungsträger hätten diese schließlich nur noch die Honorare der Ärzte von der Mitgliedschaft einzutreiben, aber nichts mehr zu bestimmen und nichts mehr zu kontrollieren, weil dazu alle Möglichkeiten und Voraussetzungen fehlen.

Bei unbeschränkter freier Arztwahl und Zulassung aller Ärzte zur kassenärztlichen Praxis würden sich aber auch die Ärzte planlos überall niederlassen, sich nicht nur gegenseitig, sondern auch den Versicherungsträgern die Lebensmöglichkeiten unterbinden und schließlich nur noch von der Gunst und Zahl ihrer

Patienten existieren können. Ist doch die Zahl der Ärzte schon mindestens um ein Drittel zu groß. Innerhalb des Reichsgebietes ist sie in der Zeit von 1914 bis 1927 um 43 Prozent gewachsen, die Zahl der Versicherten in demselben Zeitraum aber nur um 27 Prozent. Wie katastrophal sich hierbei die unbeschränkt freie Arztwahl für Ärzte, Berufliche und Versicherungsträger auswirken müßte, das erscheint so klar, daß darüber kein Wort verloren zu werden braucht. Kein anderer Berufsstand der Welt nimmt aber auch für sich das Recht in Anspruch, lediglich auf Grund eines staatlichen Zeugnisses seine Beschäftigung auf Kosten der Versicherten und der Versicherungsträger zu erzwingen. Allgemein ist es üblich, daß derjenige, auf dessen Rechnung eine Tätigkeit ausgeübt wird, auch die tätigen Personen selbst bestimmt. Keinem Arzt wird es einfallen, Schwestern oder Kraftwagenführer nach Wahl und Wunsch der zuständigen Berufsorganisationen wahllos und zahllos einzustellen. Aber den Versicherungsträgern wird ein solches Verfahren von den Ärzten des Leipziger Arztverbandes zugemutet, bei dem sie nicht nur mehr Ärzte beschäftigen müssen als sie benötigen, sondern auch Ärzte beschäftigen müssen, die ihnen ihrer Qualität nach nicht zuzugewandt und auch nicht zuzugewandt können.

So ist die Sozialversicherung allmählich immer mehr zu einer öffentlich geregelten Verdienstmöglichkeit für die Ärzte geworden, ohne daß es von diesen auch nur irgendwie und irgendwann anerkannt wird. Im Gegenteil hat die als öffentliche Volksbetriege anzusprechende gewissenlose Hege gegen die deutsche Sozialversicherung in den Organen der Ärzte die stärkste Unterstützung gefunden. Offenbar ist es den meisten Ärzten bisher noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß sie auf diese Weise nur den Ast abägen, auf dem sie sitzen. Wie dem aber auch sein mag, jedenfalls ist die Sozialversicherung dazu da, den Versicherten die ordnungsgemäßen und notwendigen Leistungen zu gewährleisten, nicht aber, um den Ärzten eine sorgenfreie Existenz zu sichern. Bei der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hat das Risiko der Berufswahl überall jeder selbst zu tragen. Es kann auch den Ärzten nicht auf Kosten der Versicherten und der Versicherungsträger abgenommen werden.

Der Wuch dieser und anderer Tatsachen konnten sich auch die von langer Hand systematisch aufgesputzten Knappschaftsmitglieder nicht entziehen. Nach eingehender Ausprache wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die am 9. Februar 1930 in Hoof versammelten Knappschaftsmitglieder von Hoof, Breitenbach, Eigershausen und Umgegend erkennen an, daß es sich bei dem Arztstreik in Kassel-Stadt und -Land um einen Machtkampf zur Durchführung der rein individuellen grundsätzlichen Forderungen des Leipziger Arztverbandes (unbeschränkt freie Arztwahl, Bezahlung nach Einzelleistungen und Zulassung aller Ärzte zur kassenärztlichen Praxis) handelt, die für die Knappschaft nicht tragbar und mit dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe, auf dem die Knappschaft beruht, unvereinbar sind und darum unbedingt abgewehrt werden müssen. Sie erkennen ferner an, daß für die knappschaftliche Bezahlung das Sprengelartzsystem das einzige und allein richtige Arztsystem für die geordnete ärztliche Versorgung der Knappschaftsmitglieder und ihrer Familienangehörigen ist und den Vorzug vor jedem anderen Arztsystem verdient, weil es die engen Beziehungen zwischen Arzt und den zu behandelnden Personen ermöglicht und so zum Familienarztsystem wird und außerdem Ansehen, Autorität und Unabhängigkeit der Ärzte am besten gewährleistet. Sie sprechen darum ihren Vertretern in der Knappschaft für die entschiedene und sachkundige Verfechtung des Sprengelartzsystems Vertrauen sowie Dank und Anerkennung aus.“

Jahrestreffen des Verbandes.

Bezirk Köln.

Der Bezirk Köln hatte für den 2. Februar seine Vertrauensleute und Betriebsräte zur Jahrestreffen zusammengestellt. Kamerad Jochmann zeigte in seinem Jahresbericht die Arbeit, die im vergangenen Jahre geleistet wurde. In 1496 Fällen wurde Rechtsschutz durch den Verband erteilt. Hierbei mußten 1500 Schriftsätze angefertigt werden. Rund 36 000 M. wurden durch den Rechtsschutz für die Mitglieder herausgeholt. Weil leider viele der Kameraden, nachdem sie den Rechtsschutz in Anspruch genommen haben, es nicht für notwendig halten, dem Verband das Ergebnis mitzuteilen, läßt sich ein genaues Gesamtergebnis gar nicht angeben.

Anschließend gab Kamerad Schmidt den Kassenbericht. Gegen das Vorjahr ist eine Steigerung der Gesamteinnahme von etwa 20 000 M. zu verzeichnen. Die Ortsstellenbestände sind zum Teil erheblich gestiegen.

Ueber die bevorstehenden Betriebsratswahlen sprach dann Kamerad Simon. Hierbei zeigte er, daß die Kämpfe in diesem Jahre nicht nur gegen Christliche und Gelbe auszutragen sind, sondern vor allem auch gegen die neu auftauchenden „Oppositionellen“. Er verurteilte ganz entschieden die schmutzige Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung. Klar stellte er heraus, daß nur die Liste der freien Gewerkschaften für uns maßgebend sei und jeder, der sich auf eine Liste der Unorganisierten oder der sogenannten „Liste der Opposition“ aufstellen läßt, verstößt gegen die Beschlüsse der Generalversammlung und stellt sich selbst außerhalb des Verbandes. Simon forderte alle Kameraden auf, bei der Betriebsratswahl alles daranzusetzen, damit die freien Gewerkschaften als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen.

Die gut verlaufene Konferenz konnte nach einem kurzen Schlußwort zum Abschluß gebracht werden.

Geschäftsstelle Halle.

Am 9. Februar tagte im „Volkspark“ in Halle die Jahrestreffen der Geschäftsstelle Halle. Zum Jahres- und Kassenbericht führte Kamerad Wolfram aus, daß der Braunkohlen- und der Kalibergbau gegen Jahreschluß im Zeichen einer guten Konjunktur standen. Im Braunkohlenbergbau wirkten sich erst

in diesem Berichtsjahre die Vergünstigungen der etappenweisen Arbeitszeitverkürzungen vom 1. Oktober 1928 voll aus. Die reine Arbeitszeit beträgt somit heute für den Tiefbau 8, für die durchlaufenden Uebertagebetriebe 9 und für alle anderen Tagesarbeiter 8 1/2 Stunden. Die letzte Lohnbewegung führte auf Grund der wirtschaftlichen Depression, von der auch der Braunkohlenbergbau in letzter Zeit mitbetroffen wurde, nicht zu dem erhofften Erfolg. Trotzdem muß anerkannt werden, daß eine Erhöhung der tariflichen Mindestlöhne von 25 Pf. im Durchschnitt für Volljährige und eine Erhöhung für Jugendliche von 95 Pf. je Schicht immerhin als ein Erfolg gebucht werden kann. Aus Anlaß der allgemeinen Betriebseinschränkungen, verbunden mit Abbau der Leistungszulagen, haben Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden. Es wurden Richtlinien vereinbart, die bei Einlegung von Feierschichten eingehalten werden sollen und den Betriebsräten zwecks Durchführung zur Kenntnis zu bringen sind.

Weiter berichtete Kamerad Wolfram über die umfangreiche Tätigkeit vor den Arbeitsgerichten und Knappschafts-Oberverfügungssammern. Auf dem Klagewege gelang es, aus dem engeren Bereiche der Geschäftsstelle allein über 9300 M. zugunsten der Mitglieder zu erkämpfen. Ebenso konnten an Rentensachen gegen die Knappschaft und die Knappschaftsberufsgenossenschaft die anhängig gemachten Klagen zumeist mit Erfolg zu Ende geführt werden.

Durch einen Beschluß des Landesarbeitsamts Erfurt sind die Abraumarbeiter des Braunkohlentagebaues in die Saison-Arbeitslosenunterstützung eingereiht worden. Das Bestreben der Organisation war deshalb auf die Aufhebung des Beschlusses gerichtet. Nachfolgende Entscheidung fand nach Schluß der Ausprache einstimmige Annahme:

„Die am 9. Februar 1930 in Halle tagende Jahrestreffen der Geschäftsstelle Halle-Oberrollingen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß im Gegensatz zu anderen Arbeitsämtern das Landesarbeitsamt Erfurt die im Abraum beschäftigten Arbeiter zu Saisonarbeitern gemacht hat. In Anbetracht der Tatsache, daß bei normalem Betriebsgang der überwiegende Teil der Arbeiter durchgearbeitet, ist diese Maßnahme durch nichts gerechtfertigt. Die Konferenz fordert deshalb eine unverzügliche Aufhebung dieses Beschlusses, damit im Falle von Arbeitslosigkeit den be-

trockenen Abumarbeitern die gleiche Unterstützung wie in anderen Bezirken gewährt werden kann."

Nach Entgegennahme des Klassenberichts, der den Delegierten schriftlich vorlag, wurde der Geschäftsleitung einstimmig Entlastung erteilt. Mit geringer Mehrheit wurde ein Antrag aus der Konferenz angenommen, den alten Reviervorstand neu zu befähigen.

Hierauf referierte Kamerad Andreas über die diesjährigen Betriebsratswahlen. In einem Streifzug über die soziologische Entwicklung des Gedankens des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterchaft in den Betrieben und in der Wirtschaft legte er die Bedeutung der diesjährigen Betriebsratswahlen dar.

Nach einer kurzen Betrachtung der Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden zum Betriebsratsgesetz sowie dem Hinweis, die notwendigen verfahrensrechtlichen Vorschriften des Gesetzes einzuhalten, schloß der Referent mit der Aufforderung, alles daranzusetzen, um auch bei den diesjährigen Wahlen den freigewerkschaftlichen Listen zum vollen Sieg zu verhelfen.

Zum Punkt „Organisatorisches“ wurden nach Besprechung der kommenden Generalversammlung notwendige Anweisungen zur Befähigung der Mitgliederfluktuation gegeben.

Waldbezirk.

Am 2. Februar fand in Miesau die Konferenz des Waldbezirks statt. Vertreten waren 60 Zahlstellen. Der Geschäftsstellenleiter Kamerad Specht gab den Geschäftsbericht, aus welchem hervorging, daß auch das Jahr 1929 ein Jahr der gewerkschaftlichen Arbeit und Erfolge war. Besonders ist hervorzuheben, daß die Saargängerunterstützung den Kameraden erhalten geblieben ist. Des Weiteren waren besonders im Waldbezirk eine Anzahl von Arbeitslosen, die von den Saargruben entlassen wurden. Die Organisation bemühte sich, den Entlassenen die Bezüge der Arbeitslosenversicherung zuteil werden zu lassen. Eine weitere Menge Arbeit verursachte die Zoll- und Steuerfrage, desgleichen die Frage der Omnibusverkehrsstrecken, die zwecks Beförderung der Kameraden von und zur Arbeitsstelle im Laufe des Jahres erschlossen wurden.

Zum weiteren Punkt der Tagesordnung hielt Kamerad Schwarz einen Vortrag über die Rückgliederung des Saargebietes. Eingehend auf die Ursache des heutigen Systems, beleuchtete er die Gegenwarts- und Zukunftsfragen des Saarbergbaues, an dem die Bergarbeiter sehr stark interessiert sind. Der besondere Kampf geht um die Erhaltung des Saarbergbaues im bayerischen und preußischen Staatsbesitz sowie um den Abfahrtsraum der Saarkohle.

Aus der Konferenz wurden zwei Entschlüsse eingebracht. Nachstehende Entschlüsse wurden mit 54 gegen 6 Stimmen angenommen:

„Die am 2. Februar in Miesau tagende Konferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands bringt zum Ausdruck:

1. Die Rückgliederung des Saargebietes muß möglichst bald erfolgen, und zwar unter der Bedingung, daß für die Arbeiterchaft keine Verschlechterung eintreten darf und daß mit dem Besitzübergang die deutsche Gesetzgebung sofort in Kraft tritt. Die Gruben und Kohlenfelder sind restlos in den Staatsbesitz zurückzuführen. Die Arbeiterchaft verlangt mit allem Nachdruck, daß sie in die Reihe der deutschen Bergarbeiter sowie in die Sozialgesetzgebung mit gleichen Rechten eingeseht wird.
2. Lohnfrage: Nachdem im Jahre 1929 15 Prozent Lohnhöhung durch die Gewerkschaften herausgeholt wurden, ist zu fordern, daß im Jahre 1930 alles geschieht, um die Lage der Bergarbeiter an der Saar weiter zu verbessern. Die Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes verlangen von der Bezirksleitung, alles zu versuchen, daß diese Forderung in Erfüllung geht."

Geschäftsstelle Fraulautern.

Am 2. Febr. trafen die Verbandsleute der Geschäftsstelle Fraulautern im Lokale Fuhs in Emsdorf zusammen, um Rückschau über das Geschäftsjahr 1929 und Auschau für das Jahr 1930 zu halten.

Als erster sprach Kamerad Michely über die Sozialpolitik im Lichte der Saarrückgliederung unter besonderer Berücksichtigung der knappschäftlichen Verhältnisse. Das Saargebiet hinkt immer noch hinter dem Reiche her. Zur Zeit seien die Saarverhandlungen zur Rückgliederung im Gange. Da sei neben den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen die sozialpolitische Frage die wichtigste. Aus diesem Rahmen heraus müssen wir Bergleute der knappschäftlichen Verhältnisse eine besondere Beachtung schenken. Bei der Rückgliederung müssen

Verbandskameraden!

Der Verband ist eure Stütze und euer Schutz. Ohne ihn wäret ihr hilflos der Ausbeutung ausgeliefert. Je stärker der Verband, desto größer die Erfolge im Kampf mit den Arbeitgebern. Mitglieder gewinnen heißt deshalb: Erfolge für euch selber erringen. Wollt ihr also größere Erfolge, dann

werbt neue Mitglieder!

Jeder gelobe sich, in diesem Jahre wenigstens ein neues Mitglied dem Verbands zuzuführen.

unsere Bestrebungen dahin gehen, durch sofortige Eingliederung der Saarknappschäft in die Reichsknappschäft gleichgestellt zu werden. Schlußfolgernd führte Michely aus, daß dies Ziel nur erreicht werden kann, wenn wir alle Kräfte im Gewerkschaftsleben anspannen, den letzten Knappen zur Organisation heranzubringen und dann nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe der Gewerkschaften gehen. Der Beifall bewies, daß dieser leicht verständliche Vortrag auf fruchtbaren Boden fiel.

Kamerad Berg erstattete dann den Geschäftsbericht. Einleitend wies er auf die drei Lohnforderungen des Jahres 1929 hin, die insgesamt 15 Prozent Lohnhöhung gebracht hätten. In dieser schweren Zeit der Krise sei dies doppelt anzuerkennen. Die Zerplitterung trage aber viel Hemmung herbei. Im Berichtsjahr seien eine ganze Reihe von Versammlungen, Konferenzen und Besprechungen durch Referenten besichtigt worden. Von der Leitung gingen im Geschäftsjahr 894 Briefe, 49 Postkarten und 903 Drucksachen aus, 1750 Handzettel und Zirkulare wurden im Berichtsjahr angefertigt. An 647 Mitglieder ist Auskunft, davon 492 schriftlich und 155 mündlich, erteilt worden. Außerdem sind 51 Anträge an den Inspektionstarifausschuß gegangen.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kameraden, worauf noch die Delegiertenwahl zur Revierkonferenz getätigt wurde.

Geschäftsstelle Illingen.

In der am 2. Februar im Lokale Rieger in Holz stattgefundenen Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Illingen erstattete Kamerad Bernard den Jahresbericht. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß überall Gerüchte herumzuspinnern, als ob die Einstellung der Saargängerfürsorge beabsichtigt sei. Hier sei zu erklären, daß bis Ende März d. J. dieses Mittel hierfür sichergestellt sind. Ab 1. April beginnt ein neues Staatsjahr. Es wird unsere Sorge sein müssen, daß im neuen Etat die Mittel wieder eingeseht werden. Bestimmt werden sich unsere Vertreter im Reichstag dafür einsetzen. Hoffentlich werden die christlich organisierten Arbeiter vom Zentrum dasselbe erreichen. Ehe eine Änderung vorgenommen wird, finden mit den Organisationen Besprechungen statt.

Die Mitgliederzahl hat sich im letzten Jahr gehalten. Wieder ist jedoch die bedauerliche Tatsache festzustellen, daß während einzelne Zahlstellen ihren Mitgliederstand erheblich erhöht haben, andere Zahlstellen Verluste zu verzeichnen haben.

Nach einer sachlichen Diskussion, an der sich zehn Kameraden beteiligten, wurde nachstehende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die am 2. Februar 1930 in Holz im Lokale Rieger tagende Jahreskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Illingen, verfolgt mit großem Interesse den Verhandlungsgang der gegenwärtig in Paris geführten Saarverhandlungen. Die Konferenz sieht die zukünftige Lage im Saarbergbau ungewiß an, falls den Forderungen der französischen Delegation auch nur um ein Atom nachgegeben werden sollte. Die Konferenz erwartet von der Reichs- und Staatsregierung, daß die Saargruben wieder restlos in den preußischen bzw. bayerischen Staatsbesitz gelangen. Jede Privatisierung bzw. Internationalisierung lehnt die Konferenz mit aller Entschiedenheit ab. Die Konferenz fordert, daß, wenn die Rückgliederung erfolgt, sofort die gesamte sozialpolitische und arbeitsrechtliche Gesetzgebung des Deutschen Reiches auch für das Saargebiet in Anwendung gebracht wird.

Die Konferenz macht sich die Entschlüsse der Knappschäftskongresskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Saar, zu eigen und fordert von der Regierungskommission die Einführung des Reichsknappschäftsgesetzes.

Weiter fordert die Konferenz von der Reichsregierung, daß für die sogenannten Saargrenzgänger die Saargängerunterstützung in ihrem jetzigen Umfange voll und ganz aufrechterhalten bleibt bis zu dem Tage, wo die Saargrenzgänger in den Genuss der deutschen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung gelangen."

Konferenz der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüsse des Saargebietes.

Im Ludwigspark fand am 23. Februar eine Jahreskonferenz der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüßmitglieder der Saargruben, soweit sie dem Verband der Bergbauindustriearbeiter angehören, statt. Kamerad Schwarz gab einen Überblick über die gegenwärtige Abfahrtsfrage sowie über die den Bergbau betreffenden Rückgliederungsverhandlungen. Bezüglich der Saarknappschäft haben sich entscheidende Vorgänge nicht ereignet. Nach wie vor ist die Kohlenausbeute umstritten. Die Organisationen haben den Versuch unternommen, auch die Grube Frankenholtz in Staatsbesitz zu bringen, doch scheint der bayerische Staat dazu wenig Neigung zu verspüren. Es ist auch in Zukunft eine Organisationspflicht, die Rückgliederungsverhandlungen zu verfolgen, da Lebensfragen der Bergarbeiter auf dem Spiele stehen.

Die Konferenz wählte 29 Delegierte und Stellvertreter von den einzelnen Inspektionen zur Revierkonferenz. Als Mitglieder der Bezirkskommission für das laufende Jahr wurden gewählt:

Nicht immer sind sie wohlschmeckend . . .

Unsere Philippburger Herbaria-Kräutertees! Wintert erkalten die verwendeten Kräuter, Wurzeln, Blätter usw. Witterstoffe, Säuren, Salze und andere Stoffe, die wohl sehr wertvoll und heilsam sind, aber nicht angenehm schmecken. Das ist freilich nur ein geringer Nachteil im Vergleich zu den Wurzeln der Philippburger Herbaria-Kräutertees. Denn lassen sich aber doch manche Kranken dadurch davon abhalten, Herbaria-Kräutertees zu nehmen.

Wir haben deshalb eine neue Verbandsform geschaffen. Die Herbaria-Kräutertees werden hierzulande pulverisiert und in kleine Oblatentabletten abgefüllt, die jedermann mühelos zu schlucken vermag. Durch die Oblatentabletten wird jeder unangenehme Geschmack ausgeglichen. Erst im Magen löst sich die Kapsel auf, und das Kräuterpulver kann seine Wirkung voll entfalten.

Philippburger Herbaria-Kräuterpulver-Kapseln brauchen nicht erst zubereitet werden wie Kräutertees und sind angenehmer zu nehmen, als loses Kräuter-

pulver. Wenn letzteres nicht vorher in Wasser oder Milch angerührt wird, räubt es unangenehm und schmeckt natürlich manchmal nicht angenehm, bietet also eher Nachteil als Vorteil gegenüber dem Tee. Auch Kräuterteezubereitungen in Tablettenform sind oft von einem unangenehmen Geschmack begleitet. Die beste bisher bekannte Verbandsform von Kräuterteezubereitungen sind deshalb Kräuterpulver-Kapseln.

Philippburger Herbaria-Kräuterpulver-Kapseln kann man unanfällig häufig bei sich tragen und am beliebigen Ort, sei es auf der Reise, im Büro oder in der Fabrik, unbemerkt zu sich nehmen. Sie sind in einer großen Anzahl Spezialformen erhältlich, die jeweils in ihrer Zusammenstellung besonders auf ein bestimmtes Leiden abgestimmt sind und sich als wirksam und heilungsfördernd erwiesen haben.

- Nr. 2 gegen Stuhlverstopfung
- Nr. 4 gegen Arterienverhärtung
- Nr. 6 gegen Asthma und Atemnot
- Nr. 12 gegen Blasen- und Nierenleiden
- Nr. 31 gegen Kopfschmerz u. Zitterleibigkeit
- Nr. 40 gegen Gallensteine und Gicht
- Nr. 44 gegen Gicht, Harnsäure u. Rheuma
- Nr. 49 gegen Säureverderben
- Nr. 52 gegen Herzschwäche u. Herzleiden
- Nr. 64 gegen Krämpfe und Ohrenleiden
- Nr. 65 gegen Leberleiden u. Gelbsucht
- Nr. 29 gegen Diabetes (Zuckerkrankheit)
- Nr. 37 gegen Lungentuberkulose
- Nr. 47 gegen Magen- u. Nierenleiden
- Nr. 50 gegen Nervenleiden, Nervenparalyse
- Nr. 52 gegen Sexual-Nervenleiden
- Nr. 64 gegen Bluthochdruck u. Nierenleiden
- Nr. 68 gegen Bluthochdruck

Originalpackung mit 60 Kapseln RM. 5.—. Ausführliche Prospekt kostenlos. Die Zusammenlegung des Tees ist auf der Originalpackung angegeben. Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippburg KK 401 (Baden).

Wenn Schmerzen . . .

Logal-Tabletten!

Logal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. etc. Nach Befähigung anerkannt über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Vorkämpfer, die gute Wirkung des Logal! keine unliebsamen Nachwirkungen! Guttemperament! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt in allen Apotheken. Nr. 1.40, 0.46 Chin. 12.6 Lith. 74.3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

billige böhmische Bettfedern!

Anerkannt beste Bezugswelt für

- 1 Pfund graue, gute, geißelte Bettfedern 50 Stk. bessere Qualität
- 1 Pf. halbweiße, feine 1 Pf. 20, 1 Pf. 40; weiße, feine, geißelte 1 Pf. 70, 2 Pf. 2 Pf. 50, 3 Pf. 70, geißelte Halbbaum-Feinheitsfedern 4 Pf. 5 Pf. 6 Pf. Graue Halbbaum-Feinheitsfedern 7 Pf. 10 Pf. halbweiße Damen 5 Pf., weiße 7 Pf., halbweiße 10 Pf., Feinheitsfedern, ungeschliffen mit Baumgewebe, halbweiße 1 Pf. 75, weiße 2 Pf. 40, 3 Pf. 75, allerfeinster Flaumkopf 3 Pf. 50, 4 Pf. 50, 5 Pf. 75, je nach beliebiger Menge sofort gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umkauf gestattet oder Geld zurück. Major und Preisliste kostenlos.

S. Benisch, Bettfedernexport in Prag XII (Böhmen).

Händler

Verlangen Sie sofort gratis u. franco meinen neuen Katalog. Große Gelegenheitspost. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes nur auf

homocord

SCHALL-PLATTEN

Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten:
4-2293 Empor zum Licht
4-2349 Brüder zur Sonne

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Bezugsquellen-nachweis durch:
Homophon-Company Berlin SW68

Ständiges Inserieren bringt Gewinn!

10 Rosen 3.50

kräftige Prachtplanzen 1. d. Herbstschönen und erprobtesten Sorten, ganz fein bewurzelt, noch in diesem Jahr blühend, pflanzfertig beschaffen

mit Anwachsgarantie

gemäß Garantieschein, der jeder Sendung beiliegt.

Eselbusholzer	5 Stk.	1.90	Stade, sortiert wie 10	4.75	
Phlox, Rittersporn	10	3.50	Phlox, Rittersporn	25	11.20
Ins. Ankei usw.	10	2.50	Ins. Ankei usw.	20	9.25
Erdbeere	5	1.50	Erdbeere	5	2.25
die best. Sorten 10	4.25				
zwei, Farne	10	3.25			
Starkes Kleeblatt	10	25	100 Stk.		
Uladionen	25	1.90	Uladionen	25	1.90
Montrose	45	1.25	Montrose	45	1.25
Anemone	75	1.75	Anemone	75	1.75
Ranunkeln	50	1.10	Ranunkeln	50	1.10
Begonie	110	2.50	Begonie	110	2.50
obige gemischt	25	1.25	obige gemischt	25	1.25
Wunderbaum, ohne Wasser			Wunderbaum, ohne Wasser		
Erde im Zimmer bereit, blühend			Erde im Zimmer bereit, blühend		
10	6.—		10	6.—	
Rosewälder	1	1.70	Rosewälder	1	1.70
Menschenschale, hochinteressant!			Menschenschale, hochinteressant!		
5 Stk. 8.—	10	15.—	5 Stk. 8.—	10	15.—
Rosewälder	1	2.—	Rosewälder	1	2.—
5 Stk. 9.50	10	15.—	5 Stk. 9.50	10	15.—
Waldrose	1	1.50	Waldrose	1	1.50
Laubrosen, stark	1	1.50	Laubrosen, stark	1	1.50
1 Paar, gleichg.	2	3.75	1 Paar, gleichg.	2	3.75

Alle nur solange Vorrat. Versand per Nachnahme: ab 5 RM. Genosse Pflanz- und Kulturberatung sowie illustrierte Preisliste wird jeder Sendung beiliegend. Alle Pflanzen sind äußerst widerstandsfähig erzogen, jeder Art, auch für alle anderen Gartenpflanzen, wird mit größter Sorgfalt behandelt und reell verkauft. Versand erfolgt der Reihe nach. Vertreter und Mitarbeiter gesucht. Wer besser dieser Zeitung erhalten 3% Rabatt.

Josef Faten, Naimbek Nr. 399 (Mosl.)

Der Große Briefsteller

Briefe, Glückwünsche, Bitt-, Rund-, Bewerbungs-, Offert- und Mahnschreiben. Gesuche an Behörden u. Gerichte. Benutzen Sie unseren groß. allgem. Briefsteller. 200 Seiten. stark. Eine ungem. praktische Hilfe für Sie — Mk. 2.50.

Der Große Duden

Rechtschreibung u. Fremdwörter 54 u. 656 Seiten. Mk. 4.50.

Der Kleine Brockhaus in 1 Band Mk. 23.—

54000 Stichwörter, 6000 Abbildungen und 89 Tafeln. Kongress-Verlag Abteilung 109, Dresden-A., Marschallstr. 27.

Handwagen

stabiler Holzbau aus prima Eichenholz, feste Beschläge

- Länge 90 cm Tragf. 3 Stk. RM. 1.—
- Länge 100 cm Tragf. 5 Stk. RM. 2.—
- Länge 110 cm Tragf. 6 Stk. RM. 3.—
- Länge 120 cm Tragf. 8 Stk. RM. 5.—

Koffelwagen je 3 A. mehr. Franco Station des Bestellers.

Karl Abel, Borsch-Geisa Thür.

HONIG

neuer Ernte, garantiert rein. Blüten-Schleuder, ohne Zuckerfütterung, das Allerfeinste, was die lieben Bienen erzeugen. 10-Pfd.-Dose M. 11.50, 5-Pfd.-Dose M. 6.65 frei Nachnahme, ohne Nebenkosten, Garantie Rücknahme und Nachnahme. Carl Schöbe, Oberneuland 526 b. Bremen.

Schiden

Sie mir gleich Ihre Briefe! Sonst Sie wundern, wenn ich Ihnen meinen groß. Katalog gratis zu senden. Für wenig Geld gute Ware! Briefe zum Schicken! Sie werden lachen!

Kaufhaus
Schöbe & Co. in
Bremen 50-58.
Schiffstr. über
150000 Pakete.

Franz Kubn (Inspektion 2), Jakob Nammo (Inspektion 7); Stellvertreter: Arnold Wang (Inspektion 1), Nikolaus Schmidt (Inspektion 9).

Zu der bevorstehenden Berggewerbeberichtsversammlung führte der Referent aus, daß 12 Vertreter des Verbandes und 5 Vertreter des christlichen Gewerbetreibenden als Beobachter der Berggewerbeberichtsversammlung teilnehmen werden.

Am 24. April findet die Wahl der Sicherheitsmänner statt. Diese wird die letzte unter der alten Gesetzgebung der Sicherheitsmänner sein. Bei dieser Wahl hat der Verband gegen zwei Fronten zu kämpfen: einmal gegen den christlichen Gewerbetreibenden, der auch bei dieser Wahl auf einen erheblichen Mandatszuschuß hofft, und zweitens gegen die organisierte kommunistische Opposition, welche auf Erwerbslosen- und Unorganisiertenkongressen Entschlüsse fassen, eigene Kandidaten gegen die des Bergbauindustrialarbeiterverbandes aufzustellen.

Zum weiteren Vortrag der Tagesordnung hielt Kollege Dr. Berger einen Vortrag über die internationale Kohlenwirtschaft, in dem er u. a. folgendes ausführte: Die gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten sind nicht nur auf den Rückgang des Hausbrandverbrauches infolge des milden Winters zurückzuführen, sondern stellen eine besonders aktuelle Erscheinungsform der internationalen Kohlenkrise dar, die ihren Ursprung in einer ungeheuren Überproduktion der Fördermöglichkeiten hat.

darfstöße zu mildern. Daher kommt es, daß Marktabschwächungen sich unmittelbar auf die Arbeiter in Form von Frierfächten und Entlassungen auswirken, während Marktbesserungen, wie sie beispielsweise 1929 zu verzeichnen waren, nur sehr bedingt für die Arbeiterschaft bringen.

Im Bezug auf die Genfer Kohlenkonferenz, deren Arbeiten bekanntlich auf der Allgemeinen Arbeitskonferenz im Juni d. J. fortgesetzt werden, brachte der Referent zum Ausdruck, daß die Befestigung des europäischen Bergbaues eine leistungsfähige Arbeiterschaft erfordert und ein Scheitern der Bemühungen zur Herabsetzung der bergbauischen Arbeitszeit den Reich neuer sozialer Erschlitterungen mit ihren verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen in sich trage.

Darauf nahm die Konferenz einstimmig nachstehende Entschlüsse an:

„Die am 23. Februar 1930 im Ludwigspark versammelten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüsse der Saargruben des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter verlangen von der französischen Grubenverwaltung, daß in Folge der Absatzkrise alle Maßnahmen, welche eine künstliche Produktionserhöhung hervorgerufen, wie Ueberarbeiten vor Rohle, Verlegung der Nachreifer und Zimmerhauer in Kohlenarbeiten usw., unterbunden werden.

Die Konferenz weist die Saarbergarbeiter auf die Wichtigkeit der Wahlen der Berggewerbeberichtsbeisitzer und Sicherheitsmänner hin. Jede Zerspaltung der Verbandseinheit, von welcher Seite sie auch kommen mag, lehnt die Konferenz ab.

Knappschäftsältestenkommission Essen. Sonntag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr: Quartalsversammlung im Gewerkschaftshaus Essen. Keiner darf fehlen!

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Rutthausen. Am 19. Februar starb unser lieber Kamerad Fritz Krumm im hohen Alter von fast 77 Jahren. Mit ihm ging ein Mann, der seit der Gründung unseres Verbands im Jahre 1889 treu zur Fahne stand.

Zahlstelle Dorckel II. Am 18. Februar starb unser Kamerad Wilhelm Hülberg im Alter von 49 Jahren. Derselbe war Mitglied seit 1912 und stand stets in den vordersten Reihen.

Zahlstelle Grotte. Am 9. Februar starb unerwartet unser lieber Kamerad Fritz Kalla im Alter von 53 Jahren. Seit Wochen hatte ihn eine heftigste Krankheit ans Lager gezwungen.

Zahlstelle Kellersberg. Am 9. Februar starb unser Kamerad Paul Völsch im Alter von 61 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen Kameraden.

Zahlstelle Denterbed. Am 6. Dezember starb unerwartet unser Kamerad Karl Hohlhoff. Als Betriebsrat und Revisor hat er es durch seine Tätigkeit verdient, die Sorgen aller Kameraden zu gewinnen.

Verbandsnachrichten

Wahlabteilungen 149 und 150.

Die Zahlstelle, wird der Wahlabteilung 150 zugeteilt. Die Zahlstelle Seifersdorf, die bisher zur Wahlabteilung 150 gehörte, wird der Wahlabteilung 149 zugeteilt.

Auszahlung von Unterstützungen.

Unterstützung. Kameraden, welche Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben, müssen ihre Bücher jeden Monat bis zum ersten Sonntag beim Kassierer Heinrich Dellenburg abgegeben haben.

Adressenveränderungen.

Geschäftsstelle Reine. Die Telefon-Nr. lautet jetzt: Reine 741.

Schluß des redaktionellen Teils.

Unter Tage

ein guter Begleiter ist der würdige und billige GEG Kautabak

aus reinem Kentucky mit feinsten Zusätzen in Rollen Stangen Bündeln und Hufeisenform nur im Konsumverein

Musikwaren aller Art, billig und gut! Zehntaus Nachbestellung sind d. beste Beweis

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten. 1 Kub große gefüllte, 2 Kub große gefüllte, 3 Kub große gefüllte, 4 Kub große gefüllte, 5 Kub große gefüllte

An Schlaflosigkeit, Magen-

drücken, Verdauungsstörungen, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, Herz- u. Atembeschwerden, Gemüthsverwirrung u. Mattigkeit tritt sich schon 1/2 Jahr u. wird von Herrn C. F. P. Rosenwald in München, Bavariastr. 32, e. h. durch die schon 33 Jahre angesehene Spezialbehandlung von Nervenleiden sehr große Erfolge erzielt.

Betten aus dichten Bett-Inlett Oberbett mit 7 Pfund 15,50 12,75 22,75 Unterbett mit 2 Pfund 14,50 12,25 22,50 3 Pfund 15,50 13,25 23,50 4 Pfund 16,50 14,25 24,50 5 Pfund 17,50 15,25 25,50 6 Pfund 18,50 16,25 26,50 7 Pfund 19,50 17,25 27,50 8 Pfund 20,50 18,25 28,50 9 Pfund 21,50 19,25 29,50 10 Pfund 22,50 20,25 30,50

Ab Fabrik bzw. i. u. ältestes Musik-Instrumenten-Versandgeschäft. Alle Musikinstrumente in Qualität 5 J. Garantie. Jahrl. ca. 300. Janklebr. Umtausch gestattet. Ueber 9 M. portofrei. Hauptkatalog kostenlos. Große Auswahl in Stahlwaren, Spielwaren, Rasierapparaten, Photoapparaten usw. Taschenlampen. Violinen von 5.- M. an. Uhren von 2.50 M. an. Ernst Hess Nachf., Klingenthal Sa. 77. Geogr. 1872. I. u. ältest. Musik-Instr.-Versandgesch.

Platate sowie sämtliche Drucksachen für Vereine u. Zahlstellen liefert preiswert: H. Hansmann & Co., Bochum 38-42 Wiemelhauser Strasse 38-42

Käse am billigsten und besten nicht abgebrüht. Käse 5 Pf. 1.10, 2.10, 3.10, 4.10, 5.10, 6.10, 7.10, 8.10, 9.10, 10.10

Reispreisstutter füttert wie Milch vorzügliches, billiges Stroh- u. Heufutter für sämtl. Edelmäuse und Kanarienvogelzuchtungen, vom Entzücken für Geflügel, Ent 150 Pf. 12.50, 13.50, 14.50, 15.50, 16.50, 17.50, 18.50, 19.50, 20.50

Züringer Pflaumenmus gerast. reines, zuckerreiches, feines Obst, 10 Pf. 1.50, 2.50, 3.50, 4.50, 5.50, 6.50, 7.50, 8.50, 9.50, 10.50

Edelroller Lang- u. Kurzflügeliger in der Jagdzeit 6.90, 10.12, 12.15, 15.18, 18.21, 21.24, 24.27, 27.30, 30.33, 33.36, 36.39, 39.42, 42.45, 45.48, 48.51, 51.54, 54.57, 57.60, 60.63, 63.66, 66.69, 69.72, 72.75, 75.78, 78.81, 81.84, 84.87, 87.90, 90.93, 93.96, 96.99, 99.102, 102.105, 105.108, 108.111, 111.114, 114.117, 117.120, 120.123, 123.126, 126.129, 129.132, 132.135, 135.138, 138.141, 141.144, 144.147, 147.150, 150.153, 153.156, 156.159, 159.162, 162.165, 165.168, 168.171, 171.174, 174.177, 177.180, 180.183, 183.186, 186.189, 189.192, 192.195, 195.198, 198.201, 201.204, 204.207, 207.210, 210.213, 213.216, 216.219, 219.222, 222.225, 225.228, 228.231, 231.234, 234.237, 237.240, 240.243, 243.246, 246.249, 249.252, 252.255, 255.258, 258.261, 261.264, 264.267, 267.270, 270.273, 273.276, 276.279, 279.282, 282.285, 285.288, 288.291, 291.294, 294.297, 297.300, 300.303, 303.306, 306.309, 309.312, 312.315, 315.318, 318.321, 321.324, 324.327, 327.330, 330.333, 333.336, 336.339, 339.342, 342.345, 345.348, 348.351, 351.354, 354.357, 357.360, 360.363, 363.366, 366.369, 369.372, 372.375, 375.378, 378.381, 381.384, 384.387, 387.390, 390.393, 393.396, 396.399, 399.402, 402.405, 405.408, 408.411, 411.414, 414.417, 417.420, 420.423, 423.426, 426.429, 429.432, 432.435, 435.438, 438.441, 441.444, 444.447, 447.450, 450.453, 453.456, 456.459, 459.462, 462.465, 465.468, 468.471, 471.474, 474.477, 477.480, 480.483, 483.486, 486.489, 489.492, 492.495, 495.498, 498.501, 501.504, 504.507, 507.510, 510.513, 513.516, 516.519, 519.522, 522.525, 525.528, 528.531, 531.534, 534.537, 537.540, 540.543, 543.546, 546.549, 549.552, 552.555, 555.558, 558.561, 561.564, 564.567, 567.570, 570.573, 573.576, 576.579, 579.582, 582.585, 585.588, 588.591, 591.594, 594.597, 597.600, 600.603, 603.606, 606.609, 609.612, 612.615, 615.618, 618.621, 621.624, 624.627, 627.630, 630.633, 633.636, 636.639, 639.642, 642.645, 645.648, 648.651, 651.654, 654.657, 657.660, 660.663, 663.666, 666.669, 669.672, 672.675, 675.678, 678.681, 681.684, 684.687, 687.690, 690.693, 693.696, 696.699, 699.702, 702.705, 705.708, 708.711, 711.714, 714.717, 717.720, 720.723, 723.726, 726.729, 729.732, 732.735, 735.738, 738.741, 741.744, 744.747, 747.750, 750.753, 753.756, 756.759, 759.762, 762.765, 765.768, 768.771, 771.774, 774.777, 777.780, 780.783, 783.786, 786.789, 789.792, 792.795, 795.798, 798.801, 801.804, 804.807, 807.810, 810.813, 813.816, 816.819, 819.822, 822.825, 825.828, 828.831, 831.834, 834.837, 837.840, 840.843, 843.846, 846.849, 849.852, 852.855, 855.858, 858.861, 861.864, 864.867, 867.870, 870.873, 873.876, 876.879, 879.882, 882.885, 885.888, 888.891, 891.894, 894.897, 897.900, 900.903, 903.906, 906.909, 909.912, 912.915, 915.918, 918.921, 921.924, 924.927, 927.930, 930.933, 933.936, 936.939, 939.942, 942.945, 945.948, 948.951, 951.954, 954.957, 957.960, 960.963, 963.966, 966.969, 969.972, 972.975, 975.978, 978.981, 981.984, 984.987, 987.990, 990.993, 993.996, 996.999, 999.1002, 1002.1005, 1005.1008, 1008.1011, 1011.1014, 1014.1017, 1017.1020, 1020.1023, 1023.1026, 1026.1029, 1029.1032, 1032.1035, 1035.1038, 1038.1041, 1041.1044, 1044.1047, 1047.1050, 1050.1053, 1053.1056, 1056.1059, 1059.1062, 1062.1065, 1065.1068, 1068.1071, 1071.1074, 1074.1077, 1077.1080, 1080.1083, 1083.1086, 1086.1089, 1089.1092, 1092.1095, 1095.1098, 1098.1101, 1101.1104, 1104.1107, 1107.1110, 1110.1113, 1113.1116, 1116.1119, 1119.1122, 1122.1125, 1125.1128, 1128.1131, 1131.1134, 1134.1137, 1137.1140, 1140.1143, 1143.1146, 1146.1149, 1149.1152, 1152.1155, 1155.1158, 1158.1161, 1161.1164, 1164.1167, 1167.1170, 1170.1173, 1173.1176, 1176.1179, 1179.1182, 1182.1185, 1185.1188, 1188.1191, 1191.1194, 1194.1197, 1197.1200, 1200.1203, 1203.1206, 1206.1209, 1209.1212, 1212.1215, 1215.1218, 1218.1221, 1221.1224, 1224.1227, 1227.1230, 1230.1233, 1233.1236, 1236.1239, 1239.1242, 1242.1245, 1245.1248, 1248.1251, 1251.1254, 1254.1257, 1257.1260, 1260.1263, 1263.1266, 1266.1269, 1269.1272, 1272.1275, 1275.1278, 1278.1281, 1281.1284, 1284.1287, 1287.1290, 1290.1293, 1293.1296, 1296.1299, 1299.1302, 1302.1305, 1305.1308, 1308.1311, 1311.1314, 1314.1317, 1317.1320, 1320.1323, 1323.1326, 1326.1329, 1329.1332, 1332.1335, 1335.1338, 1338.1341, 1341.1344, 1344.1347, 1347.1350, 1350.1353, 1353.1356, 1356.1359, 1359.1362, 1362.1365, 1365.1368, 1368.1371, 1371.1374, 1374.1377, 1377.1380, 1380.1383, 1383.1386, 1386.1389, 1389.1392, 1392.1395, 1395.1398, 1398.1401, 1401.1404, 1404.1407, 1407.1410, 1410.1413, 1413.1416, 1416.1419, 1419.1422, 1422.1425, 1425.1428, 1428.1431, 1431.1434, 1434.1437, 1437.1440, 1440.1443, 1443.1446, 1446.1449, 1449.1452, 1452.1455, 1455.1458, 1458.1461, 1461.1464, 1464.1467, 1467.1470, 1470.1473, 1473.1476, 1476.1479, 1479.1482, 1482.1485, 1485.1488, 1488.1491, 1491.1494, 1494.1497, 1497.1500, 1500.1503, 1503.1506, 1506.1509, 1509.1512, 1512.1515, 1515.1518, 1518.1521, 1521.1524, 1524.1527, 1527.1530, 1530.1533, 1533.1536, 1536.1539, 1539.1542, 1542.1545, 1545.1548, 1548.1551, 1551.1554, 1554.1557, 1557.1560, 1560.1563, 1563.1566, 1566.1569, 1569.1572, 1572.1575, 1575.1578, 1578.1581, 1581.1584, 1584.1587, 1587.1590, 1590.1593, 1593.1596, 1596.1599, 1599.1602, 1602.1605, 1605.1608, 1608.1611, 1611.1614, 1614.1617, 1617.1620, 1620.1623, 1623.1626, 1626.1629, 1629.1632, 1632.1635, 1635.1638, 1638.1641, 1641.1644, 1644.1647, 1647.1650, 1650.1653, 1653.1656, 1656.1659, 1659.1662, 1662.1665, 1665.1668, 1668.1671, 1671.1674, 1674.1677, 1677.1680, 1680.1683, 1683.1686, 1686.1689, 1689.1692, 1692.1695, 1695.1698, 1698.1701, 1701.1704, 1704.1707, 1707.1710, 1710.1713, 1713.1716, 1716.1719, 1719.1722, 1722.1725, 1725.1728, 1728.1731, 1731.1734, 1734.1737, 1737.1740, 1740.1743, 1743.1746, 1746.1749, 1749.1752, 1752.1755, 1755.1758, 1758.1761, 1761.1764, 1764.1767, 1767.1770, 1770.1773, 1773.1776, 1776.1779, 1779.1782, 1782.1785, 1785.1788, 1788.1791, 1791.1794, 1794.1797, 1797.1800, 1800.1803, 1803.1806, 1806.1809, 1809.1812, 1812.1815, 1815.1818, 1818.1821, 1821.1824, 1824.1827, 1827.1830, 1830.1833, 1833.1836, 1836.1839, 1839.1842, 1842.1845, 1845.1848, 1848.1851, 1851.1854, 1854.1857, 1857.1860, 1860.1863, 1863.1866, 1866.1869, 1869.1872, 1872.1875, 1875.1878, 1878.1881, 1881.1884, 1884.1887, 1887.1890, 1890.1893, 1893.1896, 1896.1899, 1899.1902, 1902.1905, 1905.1908, 1908.1911, 1911.1914, 1914.1917, 1917.1920, 1920.1923, 1923.1926, 1926.1929, 1929.1932, 1932.1935, 1935.1938, 1938.1941, 1941.1944, 1944.1947, 1947.1950, 1950.1953, 1953.1956, 1956.1959, 1959.1962, 1962.1965, 1965.1968, 1968.1971, 1971.1974, 1974.1977, 1977.1980, 1980.1983, 1983.1986, 1986.1989, 1989.1992, 1992.1995, 1995.1998, 1998.2001, 2001.2004, 2004.2007, 2007.2010, 2010.2013, 2013.2016, 2016.2019, 2019.2022, 2022.2025, 2025.2028, 2028.2031, 2031.2034, 2034.2037, 2037.2040, 2040.2043, 2043.2046, 2046.2049, 2049.2052, 2052.2055, 2055.2058, 2058.2061, 2061.2064, 2064.2067, 2067.2070, 2070.2073, 2073.2076, 2076.2079, 2079.2082, 2082.2085, 2085.2088, 2088.2091, 2091.2094, 2094.2097, 2097.2100, 2100.2103, 2103.2106, 2106.2109, 2109.2112, 2112.2115, 2115.2118, 2118.2121, 2121.2124, 2124.2127, 2127.2130, 2130.2133, 2133.2136, 2136.2139, 2139.2142, 2142.2145, 2145.2148, 2148.2151, 2151.2154, 2154.2157, 2157.2160, 2160.2163, 2163.2166, 2166.2169, 2169.2172, 2172.2175, 2175.2178, 2178.2181, 2181.2184, 2184.2187, 2187.2190, 2190.2193, 2193.2196, 2196.2199, 2199.2202, 2202.2205, 2205.2208, 2208.2211, 2211.2214, 2214.2217, 2217.2220, 2220.2223, 2223.2226, 2226.2229, 2229.2232, 2232.2235, 2235.2238, 2238.2241, 2241.2244, 2244.2247, 2247.2250, 2250.2253, 2253.2256, 2256.2259, 2259.2262, 2262.2265, 2265.2268, 2268.2271, 2271.2274, 2274.2277, 2277.2280, 2280.2283, 2283.2286, 2286.2289, 2289.2292, 2292.2295, 2295.2298, 2298.2301, 2301.2304, 2304.2307, 2307.2310, 2310.2313, 2313.2316, 2316.2319, 2319.2322, 2322.2325, 2325.2328, 2328.2331, 2331.2334, 2334.2337, 2337.2340, 2340.2343, 2343.2346, 2346.2349, 2349.2352, 2352.2355, 2355.2358, 2358.2361, 2361.2364, 2364.2367, 2367.2370, 2370.2373, 2373.2376, 2376.2379, 2379.2382, 2382.2385, 2385.2388, 2388.2391, 2391.2394, 2394.2397, 2397.2400, 2400.2403, 2403.2406, 2406.2409, 2409.2412, 2412.2415, 2415.2418, 2418.2421, 2421.2424, 2424.2427, 2427.2430, 2430.2433, 2433.2436, 2436.2439, 2439.2442, 2442.2445, 2445.2448, 2448.2451, 2451.2454, 2454.2457, 2457.2460, 2460.2463, 2463.2466, 2466.2469, 2469.2472, 2472.2475, 2475.2478, 2478.2481, 2481.2484, 2484.2487, 2487.2490, 2490.2493, 2493.2496, 2496.2499, 2499.2502, 2502.2505, 2505.2508, 2508.2511, 2511.2514, 2514.2517, 2517.2520, 2520.2523, 2523.2526, 2526.2529, 2529.2532, 2532.2535, 2535.2538, 2538.2541, 2541.2544, 2544.2547, 2547.2550, 2550.2553, 2553.2556, 2556.2559, 2559.2562, 2562.2565, 2565.2568, 2568.2571, 2571.2574, 2574.2577, 2577.2580, 2580.2583, 2583.2586, 2586.2589, 2589.2592, 2592.2595, 2595.2598, 2598.2601, 2601.2604, 2604.2607, 2607.2610, 2610.2613, 2613.2616, 2616.2619, 2619.2622, 2622.2625, 2625.2628, 2628.2631, 2631.2634, 2634.2637, 2637.2640